

Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Vor einem Ausnahmegesetz gegen Pazifisten

Korruption und Generalsdiktatur

Der Sumpf der bürgerlichen Gesellschaft

Schünning erschießt sich!

Wird jetzt der Vertrag mit Schenker nachgeprüft?

Berlin, 30. November.
Der im Sklarek-Prozess schwer belastete Generaldirektor der Berliner Hafen- und Lagerhaugesellschaft, Schünning, hat sich am Montagvormittag in seiner Wohnung erschossen.

Die Nachricht schlug in die Verhandlungen des Sklarek-Prozesses wie eine Bombe ein. Fünf Minuten zuvor hatte Amtsgerichtsrat Keßner den Prozeßbeteiligten von einem gerade in seine Hände gelangten Schriftsatz Schünning's Kenntnis gegeben; mit dem der Zeuge alle Zugeständnisse zurücknahm, die er kürzlich vor dem Gericht gemacht hatte. (Der Vorsitzende: „Man kann wohl sagen, er hat sich gewunden....“) Amtsgerichtsrat Keßner hat noch hinzugefügt, daß Schünning's Brief von seinem Rechtsanwalt verfaßt sei und daß er auf ihn keinen sehr schlüssigen Eindruck mache.

Da wurde die Todesnachricht in den Saal getragen; erst erklang von der Anklagebank ein gepreßtes Lachen und als der Vorsitzende ernst einschritt, erhoben sich gleichzeitig die beiden Brüder Sklarek und schrien auf den Bürgermeister Scholtz, der am Zeugentisch steht, ein; Leo Sklarek, der Haß läßt seine Augen glitzern, ruft mit geschwungenen Fäusten: „Sie sind schuld, Sie haben den Mann auf dem Gewissen!“ Fast hat es den Anschein, als wolle er dem Bürgermeister auch körperlich zu Leibe.

Wieder muß der Richter eingreifen; aber jetzt ist es mit der Sänftigung der beiden Brüder, die Amtsgerichtsrat Keßner bei Beginn der Verhandlung in leisem Zwiegespräch offenbar vor allzu wilden Exzessen gegen den Zeugen Scholtz gewarnt hat, vorbei: Wie Hammerschläge fallen ihre Fragen und Vorwürfe auf den früheren Bürgermeister Berlins nieder, der sich auffallend matt wehrt und zwerghaft in sich zusammengesunken erscheint.

So hat es auch mit Schünning angefangen, der neulich buchstäblich von den beiden Brüdern zusammengehämmert worden ist, und der den Zusammenbruch seiner Position jetzt mit dem Pistolenschuß quittiert hat. Dieser Pistolenschuß ist ein schweres Argument gegen die Staatsanwaltschaft, die bis zuletzt Schünning's Selbstbelastung, die zugleich eine schwerwiegende Entlastung für die Angeklag-

ten Sklarek darstellte, nicht hatte gelten lassen wollen.

Der Pistolenschuß, mit dem Stadtrat Schünning seinem Leben ein Ende setzte, eröffnet der Stadt Berlin neue Aufgaben. Er bürdet ihr die Pflicht auf, jetzt mit äußerster Schnelligkeit, unter der die erforderliche Gründlichkeit jedoch nicht leiden darf, das Vertragswerk nachzuprüfen, mit dem auf Betreiben Schünning's dem Speditionskonzern Schenker alle Berliner Hafen- und Ladestraßen für 99 Jahre verpachtet wurden gegen das Spottgeld von 500 000 Mark pro Jahr. Der Vertrag der Schala mit den Schenkern sicherte

den Spediteuren mühelos märchenhafte Gewinne. Eine einzige Speditionsfirma zahlte den Schenkern beispielsweise für einen einzigen Lagerschuppen jährlich 300 000 Mark Miete. Dabei hatte die Stadt für Lagerung städtischen Guts auf ihrem eigenen Boden an die Firma Schenker zu zahlen.

Die Voraussetzungen dieses Vertrages müssen also sofort nachgeprüft werden. Der Vertrag selbst muß angefochten werden, wenn sich auch nur das geringste Moment dafür ergeben sollte, daß die Stadt überfordert worden ist. Dafür scheinen allerdings einige Momente zu sprechen.

Wenn das zutrifft, so muß der ganze Vertrag für nichtig erklärt werden.

Die Mitschuld des Magistrats

Im Sklarek-Prozess wurde heute der Bürgermeister Scholtz vernommen. Seine Vernehmung stellte den Höhepunkt des ganzen Prozesses dar. Scholtz behauptete von der Mißwirtschaft Kieburgs, des Direktors der KVG, nichts gewußt zu haben, muß aber zugeben, daß schon im Jahre 1927 Kieburgs Falschbuchungen, seine falsche Bilanz, Gegenstand einer Untersuchung gewesen sind; trotzdem wurde

gegen Kieburg im Gegensatz zur Sklarek-affäre nichts unternommen.

Nach Scholtz, weil Magistrat und Stadtverordnetenversammlung der Ansicht waren, daß

eine strafrechtliche und zivilrechtliche Verfolgung Kieburgs zwecklos sei. Damit ist die Mitschuld des Magistrats an dem ganzen Skandal erwiesen. Scholtz' Verhalten zu Kieburg steht in krassem Gegensatz zu seinem Verhalten in der Sklarek-Angelegenheit. Auch seine Angaben, daß er durch seine Parteifreunde von der Deutschen Volkspartei Schallach und Bennecke und seinem Freunde, dem allmächtigen Stadtverordneten Rosenthal, überhaupt nicht vorher informiert wurde, und daß er bis zu seinem Eingreifen völlig ahnungslos gewesen sei, erscheint nach der heutigen Vernehmung noch unwahrscheinlicher.

Voruntersuchung in Hessen

Berlin, 29. November.

In dem Strafverfahren wegen der bekannten Vorgänge in Hessen hat der Oberreichsanwalt die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung wegen Vorbereitung zum Hochverrat beantragt. Zum Untersuchungsrichter ist von dem Reichsgerichtspräsidenten der Reichsgerichtsrat Zoeller bestellt worden.

Hausdurchsuchung bei den Nazis. Am Sonnabend wurde aus Ersuchen von Berlin eine Hausdurchsuchung im Gaubüro Hamburg der NSADAP vorgenommen. Es sollten nationalsozialistische Kampfliederbücher beschlagnahmt werden.

Das künftige Schicksal vieler Gemeinden

Die Stadt Geesthacht hat nach der letzten Aufstellung der Stadtverwaltung einen Fehlbetrag von rund 103 000 Mark zu verzeichnen. Wahrscheinlich wird sich die Finanzlage der Stadt in der nächsten Zeit noch weiter verschlechtern, da die Wohlfahrtslasten ständig steigen. Hinzu kommt noch ein Fehlbetrag aus den Vorjahren von rund 60 000 Mark. Diese Fehlbeträge können nur in ganz beschränktem Umfange abgedeckt werden. Die Stadtverwaltung hat daher in den letzten Tagen Besprechungen mit der Aufsichtsbehörde gehabt und Zuschüsse von Reich und Staat beantragt.

Einberufung des Reichstages

Berlin, 30. November.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat die Einberufung des Reichstages für Freitag, dem 4. Dezember, beantragt. Es soll zu der wirtschaftlichen und finanziellen Lage und zu den bevorstehenden neuen Notverordnungen sowie zu den hessischen Vorgängen Stellung genommen werden. Auch soll eine außenpolitische Aussprache unter besonderer Berücksichtigung der Lage im fernen Osten erfolgen. Im Zusammenhang mit diesem Antrag haben die Kommunisten die sofortige Einberufung des Ältestenrates zur Beschlußfassung über diesen Antrag beantragt.

Die Macht liegt auf der Straße

In Magdeburg erklärte in einer Stahlhelm-Kundgebung der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Oberfahren, daß in nächster Zeit die politische Macht auf der Straße liege, daß sie aber nur aufrechterhalten werden könne von solchen Männern, die eine große Reihe gestählter Herzen, wie man sie im Stahlhelm habe, hinter sich hätten.

Wir glauben, daß dieser Deutschnationale nicht ganz falsch erteilt. Das Proletariat wird, wenn die Macht „auf der Straße liegt“, bereit sein müssen, sie im revolutionären Kampf an sich zu reißen.

Der Generalstiefel

Viele haben geglaubt, Deutschland würde, da es nur eine kleine Truppe besoldeter „Vaterlandsverteidiger“ besitze, das Vorherrschen der Generalskamarilla der Monarchie und der Republiken mit allgemeiner Wehrpflicht erspart bleiben. Die Leute erhalten eben, so meinten die Optimisten, ihren Sold für ihre militärischen im günstigsten Fall unproduktiver Obliegenheiten wie Barbieren für das Bartkratzen — zwar auch unproduktiv, aber gewünscht — oder wie die Bäcker für ihre Semmeln, die den Menschen eigentlich nützlicher sind als Maschinengewehre.

Es hat sich gezeigt, daß dieser Glaube eine Illusion war. Der Staat ist ein Zwangsapparat; und Zwang wird ausgeübt in der Gesellschaft, wenn entscheidende Interessengegensätze in ihr bestehen, eben die Interessengegensätze zweier Klassen, von denen die eine von der Ausbeutung der anderen lebt.

Bourgeoisrepublik Deutschland hat zwar nur eine kleine Armee; aber eine sehr große Generalskamarilla. Deutsche Politik ist seit langer Zeit nur zu verstehen, wenn man politische Fäden bis zur Bendlerstraße in Berlin verfolgt, wo innen- und außenpolitisch viel mehr angehängelt wird als dem Reichwehrministerium verfassungsmäßig zukommt.

Die Ernennung des Wehrministers Gröner ist tatsächlich, wie die Sozialdemokratie meint, eine Festigung der Republik, der

Republik gegen die Volksrechte

der Republik gegen Ansprüche der Arbeiterklasse, der Republik gegen den Geist der Menschlichkeit und der Abrüstung. Wenn der Innenminister Gröner in dem schwerindustriellen und von Regierungsgeldern gespickten „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gegen Pazifisten als „Staatsverleumder“ vom Leder zieht, so hat er sich ein Organ gewählt, in dem eine Bezeichnung von Pazifisten als „Lumpen“ eine gewohnte Ausdrucksweise ist und der schimpfende Minister nicht mehr auffällt.

Wir haben keinen Grund, Herrn Gröner darob zu scheitern. Er hat sich nicht selbst zum Minister gemacht, sondern die Republik, und diese verdient einen solchen Innenminister, der gleichzeitig Verfassung und Kultur zu schützen hat. Dieser Generalstiefel, der alle Menschlichkeit als Lumperei, allen Friedenswillen als Landesverrat niedertreten möchte, ist nur die Umhüllung der Tatze der herrschenden Klasse, die Deutschland regiert.

Der Innenwehrminister hat ein Ausnahmegesetz gegen den „Pazifismus“ angekündigt; es wird ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse sein. Gegen Landesverrat bedarf es in Deutschland gewiß keiner besonderer Gesetze mehr, da schon Etatkritik als Landesverrat bestraft wird. Gröners Ausnahmegesetz richtet sich gegen den Pazifismus als Gesinnung und gegen Pressefreiheit und freie Meinungsäußerung. Beides trifft die gesamte Arbeiterklasse, die den Staat der Bourgeoisie nicht verleumdet, aber ihn bekämpft. Gröner sagt Pazifismus und meint Sozialismus. Es ist nicht zum ersten Male, daß eine herrschende Klasse der sozialen Revolution die Heiligkeit des Staates gegenüberstellt. Auch Gröners Staat wird fallen, die soziale Revolution aber bleibt!

*

Glaubt Gröner an Deutschland?

Der Innenwehrminister Gröner schreibt mit dem Säbel und predigt mit dem Stiefel „den Leiden und Not überwindenden Geist“, „den unerschütterlichen Glauben an Deutschlands Zukunft“, den „gesunden Optimismus“.

Ist Jorns zurückgezogen?

Leipzig, 30. November 1931.

Man verbreitet die Nachricht — der Oberreichsanwalt dementiert sie übrigens —, daß der Reichsanwalt Paul Jorns aus der Untersuchungsführung über die Zusammenhänge der hessischen Nazi-Diktaturvorbereitungen zurückgezogen worden sei, nachdem die vielfach geäußerten Beschwerden über die Befangenheit dieses Untersuchungsführers das Reichsjustizministerium heilhörig gemacht hätten.

Es wird abgewartet werden müssen, ob erstens einmal die offenbar in diesem Sinne erfolgte Erklärung des Reichsjustizministers Joël ernst gemeint ist und ob zweitens der Oberreichsanwalt nach einer solchen Anweisung handeln wird, falls sie an ihn ergangen sein sollte.

Der Optimismus des Innenwehrministers ist aber mehr wahrbar als innerlicher Natur: „Der feste Grund, auf dem dieser Optimismus sich aufbauen muß, soll unser Staat sein, die deutsche Republik. Wehe denen, die glauben, durch ein Unterhohlen dieses Staates und durch seinen Zusammenbruch eine günstigere staatliche Grundlage für den Wiederaufstieg zu schaffen! Diese Träume gehen nicht die Welt an. Aber sie bilden keine Gefahr, denn die Staatsmacht steht fest und unerschütterlich. Die Regierung ist wachsam, um alle Versuche gewalttätiger Auflehnung mit aller Tatkraft niederzuschlagen. Vor solchen Vorkommnissen bewahre uns der Himmel und vor allem das deutsche Volk, dem jeder solcher Spuk ist zerstoßen, wenn das Volk in Geschlossenheit nicht nur einzelne Gewalttäter abhottet, sondern überhaupt die verhassten Ideen terroristischer Regierungen ablehnen.“

Der Glaube Groeners ist also viel mehr ein Glaube an die Kanonen als ein Glaube an die Kräfte der hungernden Volksmassen, denen er etwa über die „deutschen Fähigkeiten“ auf dem Gebiete der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik zu erzählen weiß. „Warum also“, fragt Herr Groener und antwortet selber in Äußerungen zum Staat muß sich verhalten mit dem Vertrauen zu den eigenen Kräften. Dies soll ein Bekenntnis von Genossen sein, die der Arbeit steht oder seine Arbeit und in dem Zwange der Not ruben lassen muß. Leider so seufzt der Innenwehrminister, gibt es in Deutschland zu viel Parteien, die nicht merken, daß ein hungernder Arbeiter durch solch ein Bekenntnis satt wird und die durch ihr „parteilich-treuen“ die Reichseinheit erschüttern.

Groener auf dem Holzweg

1. Berlin, 20. November.

Der Innenwehrminister Groener hat am Sonntag in einem Artikel, den die „Schwerindustrie“ „Deutsche Allgemeine Zeitung“ druckt, über „Staatsverleumdung“ geklagt, denn nunmehr kurz bevorstehenden Erlass eines Pazifistengesetzes angekündigt, jener „gesetzgeberischen Maßregeln, die von den zuständigen Ministerien in enger Zusammenarbeit vorbereitet worden sind“ und daß die Schmutzkübel auf internationale Sozialisten und Pazifisten verschüttet, die Mitteilungen über die deutschen „Geheimrüstungen“ verbreitet haben.

Überall ist dem Innenwehrminister ein bedenklicher Fehler unterlaufen. Er begründet die Notwendigkeit, die gesetzlichen Vorschriften über „Landesverrat“ der im Volke herrschenden Stimmung anzupassen (das Reichsgericht hat sich über die „unzulängliche“ Strafgesetzgebung längst hinweggesetzt und ist auf diesem Wege vorangeschritten), unter andern mit der bedauerlichen Tatsache, daß es 2 1/2 Jahre gedauert habe, bis die „Verleumdungstat“ Ossietzky's und Kreisler's zur Verhandlung kam.

Diese Wendung zeigt zunächst, daß die Reichsaufsicht und das Reichsgericht, entgegen ihrer Ablehnungen, nicht nach rechtlichen Erwägungen verfahren, sondern daß der Druck des Wehrministeriums, entsprechend der geänderten politischen Konjunktur, eben erst nach 2 1/2 Jahren die Verhandlung des Prozesses durchdrückte. Ferner zeigt aber die Charakterisierung der angeklagten Straftatung der Weltbühnenleute als „Verleumdungstat“, daß Herr Groener den Unterschied zwischen einer Verurteilung wegen Landesverrats, ob vollendetem, ob versuchtem — die hier nicht vorliegt! — und einer wegen „Verrats militärischer Geheimnisse“ nicht kennt.

Das Reichsgericht hat in ständiger Rechtsprechung folgendermaßen judiziert:

Verurteilung wegen vollendetem Landesverrats tritt ein, wenn der Verrat wahre Nachrichten zum Gegenstand hatte, die aber „geheim“ gewesen sein müssen. Sind die Nachrichten aber „unwahr“ gewesen — und nur in diesem Falle könnte Groener von „Verleumdungstat“ sprechen —, so würde nur „versuchter Landesverrat“ vorliegen.

Im Falle Ossietzky-Kreisler war zwar auch Anklage wegen Landesverrats nach § 92 des Strafgesetzbuchs erhoben, aber eine Verurteilung ist wegen dieses Delikts nicht eingetreten. Die Verurteilung stützt sich im Gegenteil allein auf das Spionagegesetz vom 2. Juni 1914. Damit hat das Reichsgericht ausdrücklich die in dem Kreisler'schen Artikel aufgestellten Behauptungen als wahre Nachrichten anerkannt, und im Ausland, wo man besser als Herr Groener die Bedeutung dieser schwierigen Reichsgerichtsjudikatur erkannt und ihre Grundlagen studiert hat, ist gerade darum die Bewertung des Urteils von Leipzig so vernichtend für Deutschland ausgefallen.

Rhebe noch die Erwägung, daß der Innenwehrminister mit der deutschen Sprache nicht vertraut genug steht, um zu erkennen, daß der Begriff „Verleumdung“ die Behauptung unwahrer Tatsachen voraussetzt. Da weder Unkenntnis des Sprachgebrauchs, noch Schuldigkeit des Ausdrucks von Groener angenommen werden kann, so bleibt einfach die Vermutung übrig, daß der Innenwehrminister sich absichtlich gehandelt hat, die verhassten „Kritiker“ selbst persönlich herabzusetzen. Es wäre wünschenswert, wenn Ossietzky und Kreisler diese auch bei Herrn Groener strafwürdige Handlung vor einem Berliner Gericht zur Sprache brächten; denn der Ansatz in der „DAZ“ hat Herr Groener nicht in seiner amtlichen Eigenschaft als Innenwehrminister verfaßt und drucken lassen.

Parole für die sächsischen Wähler:

Beteiligung am Volksbegehren!

Einzeichnungstermin vom 2. Dezember an

Dresden, 20. November 1931.

Die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei haben in sämtlichen sächsischen Ortsgruppen Stellung genommen zu dem von den Kommunisten eingeleiteten Volksbegehren auf Auflösung des Sächsischen Landtages. Die große Mehrheit der Mitglieder hat sich für die Beteiligung an Volksbegehren und Volksentscheid ausgesprochen.

Wir sehen in diesem Volksbegehren die Möglichkeit, einen Massenprotest gegen die Ausbeuterregierung Schlieck durchzuführen, die Fleisch vom Fleische der Regierung Brüning ist.

Gegenüber der sozialdemokratischen Demagogie, die behauptet, daß eine Neuwahl des Landtages die Nationalsozialisten an die Macht bringen würde, stellen wir fest, daß über die Machtübergang der Nationalsozialisten ganz andere Faktoren entscheiden, die von Auflösung oder Weiterbestand des sächsischen Landtages und von der Zahl der nationalsozialistischen Abgeordneten völlig unabhängig sind. Gerade die von der Sozialdemokratie tolerierte Regierung Brüning ebnet je länger je mehr den Nationalsozialisten den legalen Weg in die Regierungen des Reichs und der Länder. Und die Politik der Sozialdemokratie,

die jetzt schon erklären läßt, daß sie einer Regierung Hitler-Brüning keine Schwierigkeiten machen werde, muß die proletarische Widerstandskraft gegen die Uebernahme der Macht durch die Faschisten in gefährlichster Weise lähmen. Dagegen würde uns ein sächsischer Wahlkampf die Möglichkeit geben, die Kräfte des proletarischen Widerstandes gegen das Ausbeuterregime der Bourgeoisie und gegen seine faschistischen Stützen zu stärken, die einheitliche Abwehrfront der Arbeiterklasse vorzubereiten und ihre Bereitschaft zum revolutionären Entscheidungskampf zu wecken und zu steigern.

Entschieden aber warnen wir die Arbeiter vor den Illusionen, die die gewissenlosen kommunistischen Parolen wecken müssen, wenn sie Volksbegehren und Volksentscheid als einen „ersten Schritt zum Sozialismus“ oder zur „Volksrevolution“ ausgeben, oder wenn sie gar behaupten, daß der Ausgang einer Neuwahl über Brot und Arbeit für das Proletariat entscheide. Diese Parolen bedeuten ebenso wie die sozialdemokratischen eine Befangenheit in parlamentarischen Denken, die einer revolutionären Partei unwürdig ist und gefährliche Folgen für den proletarischen Kampf haben muß. Wir wissen, daß die entscheidenden

Kämpfe um Arbeit und Brot, um die sozialistische Gesellschaft revolutionären Charakter tragen müssen und daher niemals parlamentarische Formen haben können. Weniger denn je dürfen in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung die Arbeiter im Parlament die politische Entscheidung suchen, die nur im revolutionären Massenkampf fallen kann.

Frei von den kommunistischen Illusionen treten wir in den Kampf um den Sächsischen Landtag ein. Wir werden ihn in allen seinen Phasen führen nur im Hinblick auf das eine Ziel:

das sächsische Proletariat aufzurütteln aus der Passivität, in die es die sozialdemokratische Politik des fortwährenden Zurückweichens geführt hat, und damit seine Kraft zu stärken, deren es bald bedürfen wird im revolutionären Kampf gegen den Faschismus und die Gesellschaft der Ausbeutung.

Zunächst also gilt es nun für unsere Genossen, all ihre Kraft einzusetzen, um schon die Einzeichnungen für das Volksbegehren — die in der Zeit vom 2. Dezember an erfolgen müssen — zu einem eindrucksvollen Massenprotest gegen das ausbeuterische Schlieck-Regime zu gestalten.

Riesenversammlung in Zwickau

Genosse Seydewitz spricht vor 2000 Arbeitern — Einheitsfront marschiert!

In strömendem Regen marschierten am Freitagabend über hundert Schutzbündler durch Zwickau. Schmetternde Fanfaren lenkten die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft auf die marschierende Hundertschaft.

Und in der Zwischenzeit strömten Hunderte und aber Hunderte in die Lindensäle, füllten das riesige Versammlungslokal, saßen und standen dicht gedrängt, als Genosse Hofmann nach dem Einmarsch des Schutzbundes die Massenversammlung eröffnete und Genosse Max Seydewitz zu sprechen begann.

„Tolerieren oder kämpfen?“

Eingangs seiner Ausführungen schüttelte Genosse Seydewitz notwendigerweise erst einige der gemeinsten Verleumdungen ab, die in der SPD-Presse über in und die SAP verbreitet werden. Ohne auf das niedrige Niveau dieser Verleumdungen hinabzusteigen, legte er die gerühmte „sachliche Kampfweise“ gewisser Gegner bloß, die darauf fußt, daß die SAP noch keine ausgebaute Presse hat, diese Verleumdungen abzuwehren.

Seine Ausführungen über die Verderblichkeit der Tolerierungspolitik wurden von der Arbeiterschaft mit stürmischem Beifall aufgenommen. Nicht hat der Sieg Brünings einen Sieg der Demokratie bedeutet; nichts hat die Tolerierung Brünings der Arbeiterschaft gebracht als ein reißendes Anwachsen der Faschis — ein Erstarren des Kapitalismus, eine tiefe Niedergeschlagenheit und Schwächung der Arbeiterschaft unter dem pressenden Druck der Notverordnungen.

Eine ausführliche grundsätzliche Herausstellung des Programms der SAP brachte die Klarheit über die notwendigsten Aufgaben der Arbeiterschaft in der Gegenwart: die Formierung der proletarischen Einheitsfront zum aktiven antifaschistischen Kampf und zur Vorbereitung der Auseinandersetzungen um den proletarischen Staat.

In der Diskussion konnte der Genosse Gerson (KPD) den Ausführungen des Genossen Seydewitz nichts Grundsätzliches entgegenbringen. Er mußte zugeben, daß auch die kommunistische Partei keine andere Lösung für die Arbeiterschaft zu bringen vermöchte. Trotzdem versuchte er sich noch in einzelnen provozierenden Fragestellungen, die aber schon vom Genossen Bauer (KPO) in der Diskussion abgefragt wurden, der offen erklärte, daß unter der heutigen Führung die

KPD niemals die Partei sein und werden könne, die die Massen zur Einheitsfront formiert.

Im Schlußwort forderte Genosse Seydewitz nochmals noch mehr als bisher Sachlichkeit in der Diskussion; mit Phrasen und gegenseitigen Provokationen ist der gemeinsamen Sache der Proleten schlecht gedient. Kameradschaftlichkeit auch in den Auseinandersetzungen ist Voraussetzung für die große Einheitsfront der Arbeiterschaft.

Die gewaltige Versammlung war ein glänzender Erfolg für die SAP.

Die Sozialdemokratie hatte sich gehütet, ihre Politik nochmals vor einer solchen Öffentlichkeit zu vertreten; sie begnügte sich mit dem alten Manöver, hinterher einen der bekannten Berichte im Volksblatt zu veröffentlichen, der den Erfolg der Sozialistischen Arbeiterpartei abschwächen sollte. Aber wenn auch die Führer der Tolerierungspartei nicht vertreten wären — die sozialdemokratischen Genossen waren in großer Zahl vertreten — werden sich ihre Berichte selber machen!

Die Einheitsfront marschiert! Die Zwickauer Arbeiter stehen zur roten Front der SAP!

SPD verliert 40% der Stimmen

Wahl in Birkenfeld

Die Nationalsozialisten dicht an der Mehrheit

Oberstein, 29. November.

Nach dem amtlichen Gesamtergebnis der heutigen Wahl zum Landesausschuß im Landesteil Birkenfeld erhielten: Sozialdemokraten 3352 Stimmen (bei der Reichstagswahl 1930 5357 Stimmen) drei (bei der letzten Landesausschuwahl im Jahre 1928 6) Mandate. Sozialistische Arbeiterpartei 347 Stimmen 0 Mandate; Zentrum 3793 (3710) Stimmen 4 (5) Mandate; Kommunisten 2982 (1870) Stimmen, 3 (1) Mandate; Bürgerliche Wirtschaftsvereinigung Oberstein 780 Stimmen 0 Mandate; Bürgerliche Liste Idar 920 Stimmen 1 Mandat; Landliste Weyand-Engel 1867 Stimmen 2 Mandate. (Die drei letzten Parteien erhielten bei der Reichstagswahl zusammen 6024 Stimmen, und im letzten Landesausschuß hatten sie 11 Sitze). Saargängerliste 208 Stimmen 0 Mandate; Nationalsozialisten 11 544 (5885) Stimmen 12 (1) Mandate; Deutsche Staatspartei 640 (925) Stimmen 0 (1) Mandate.

Zahl der Stimmberechtigten 36 031; abgegebene Stimmen 26 825; Wahlbeteiligung 75 Prozent.

Das Hauptmerkmal der Wahlen ist der gewaltige Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten, die eine Zunahme um rund 100 Prozent zu verzeichnen haben und nur um einen geringen Prozentsatz hinter der absoluten Mehrheit zurückblieben. Die Nationalsozialisten errangen von den 25 zu vergebenden Mandaten nicht weniger als 12. Die Sozialdemokraten verloren 3, die Landwirte 4, die vereinigten Bürgerlichen 4 Mandate und das Zentrum 1 Mandat. Die Staatspartei ist im Landesausschuß jetzt überhaupt nicht mehr vertreten. Gewonnen haben außer den Nationalsozialisten nur noch die Kommunisten, und zwar 2 Mandate.

In Idar erhielten bei der Gemeindevahl die Nationalsozialisten allein die absolute Mehrheit. Die Sozialdemokraten verloren stellenweise erheblich mehr als die Hälfte ihrer

Stimmzahl. Die Kommunisten konnten nur etwa die Hälfte der sozialdemokratischen Stimmverluste auffangen. Unsere junge Sozialistische Arbeiterpartei war noch nicht stark und eingeführt genug, um den ganzen Verlust der proletarischen Stimmen aufzufangen. Aber auch im Ländchen Birkenfeld ist nun der Anfang gemacht; wir haben Fuß gefaßt und werden auf der Basis, die nun geschaffen ist, weiter wirken.

Reden ist in der freiesten Republik verboten

Am 25. November wurde der Schuhmacher Karl vom Scheidt, Mitglied der KPD, aus der Veteranenstraße in Berlin von Beamten der Schutzpolizei dabei betroffen, als er vom Dach des U-Bahnhofes Gesundbrunnen eine politische Rede an eine größere Versammlung hielt. Er wurde vom Schnellrichter wegen Vergehens gegen die Notverordnung vom 28. 3. 31 zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der „Angriff“ verboten

Der Berliner Polizeipräsident hat die in Berlin erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff“ einschließlich der Kopfblätter mit sofortiger Wirkung bis zum 7. Dezember 1931 einschließlich verboten. Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt, oder als Ersatz anzusehen ist.

Das Verbot erfolgte wegen eines in der Nr. 219 des „Angriff“ vom 28. 11. 31 unter der Ueberschrift „Viel Lärm um nichts“ von Dr. Goebbels veröffentlichten Artikels, der sich mit den Vorgängen in Hessen befaßte.

Sie ernten, was sie säen

Eine öffentliche Versammlung der SPD, die für Sonntagabend in Eutin einberufen worden war und auf der u. a. die Vorgänge

in Hessen besprochen werden sollten, ist von dem stellvertretenden Bürgermeister verboten worden.

Die SPD, die der Arbeiterklasse aus „staatspolitischen“ Erwägungen die politischen Freiheiten der bürgerlichen Demokratie aus der Hand schlug, bekommt nun zu spüren, daß sie damit lediglich der Ausbeuterklasse ein Stück reaktionärer Arbeit abgenommen hat. Die Geschichte beginnt, ein Urteil zu vollziehen.

Die KPD in der Hand von Spitzeln

Freiburg (Sches.), 30. November.

Unter dem Namen einer Bauarbeiterkonferenz wurde gestern hier eine Geheim Sitzung der mittelschlesischen Funktionäre des Rotfrontkämpfer-Bundes abgehalten. Auch Vertreter der Zentrale der KPD in Berlin nahmen an der Konferenz teil. Die Landeskriminalpolizei in Breslau veranlaßte die Aushebung der Sitzung.

Es ist eben das Verderben der Kommunisten, daß ihr gesamter Apparat von Spitzeln so durchsetzt ist, daß er vollkommen aktionsunfähig ist. Ein gefährliches Spiel mit der Illegalität und ein Apparat der nur rückgratlos Streber duldet — das macht die Lösung ernsthafter revolutionärer Aufgaben völlig unmöglich.

Hinrichtung eines indischen Führers

Rangun, 28. November.

Der Aufständischenführer Sayasan, der die Aufstandsbewegung in den ersten Monaten dieses Jahres leitete, ist heute im Gefängnis von Tharawaddy hingerichtet worden.

Die Linkswendung in Frankreich. Bei einer Nachwahl zur Kammer in La Réole für einen verstorbenen Abgeordneten, der der demokratisch-sozialen Allianz angehörte, wurde der radikale Kandidat Cluzan mit 5496 Stimmen im zweiten Wahlgang gewählt. Der linksrepublikanische Gegenkandidat (Mitte) erhielt 5384 Stimmen.

Die deutsche Novemberrevolution

15. Fortsetzung

16. Der Noske-Terror

Was den weiteren Verlauf und Ausgang der Januar-Erhebung anbetrifft, so kann ich mich hier auf eine kurze Skizzierung beschränken, da der gedruckt vorliegende Bericht über den gegen mich angestrebten Prozeß wegen Rädelsführerschaft bei Aufruhr usw. darüber vollständig Auskunft gibt. Hier nur soviel: Am Morgen des 6. Januar fuhr ich vom Marstall aus, wo der Revolutionsausschuß sein Hauptquartier hatte, verabredungsgemäß nach der Kaserne des 3. Garderegiments in der Köpenicker Straße. Das Ergebnis der etwa zweistündigen Verhandlungen war, daß sich etwa die Hälfte des Regiments für uns erklärte, die andere Hälfte gegen uns. Das Regiment beschloß nunmehr, neutral zu bleiben. Auch die anderen Berliner Regimenter, von denen uns am Tage vorher von spartakistischer Seite versichert worden war, daß sie zu uns halten würden, sind durchweg neutral geblieben. Ich will gleich noch erwähnen, daß auch der in Aussicht gestellte Zuzug von auswärts ausblieb. Aus Spandau traf allerdings ein Bote ein. Er verlangte aber im Namen unserer Spandauer Freunde Unterstützung aus Berlin, da sie sich sonst nicht halten könnten. Ein schwerer Schlag hatte uns auch im Marstall getroffen.

Als ich dorthin zurückkehrte, hörte ich, daß der Revolutionsausschuß nach dem Polizeipräsidium übersiedelt sei. Der den Spartakisten beigetretene neue Kommandant Dorrenbach hatte es nicht verstanden, sich das Vertrauen der Unterführer und Mannschaften zu erwerben, da er sie nach der alten Offiziersmanier behandelte. Sie hatten ihn abgesetzt. Dem neuen Stadtkommandanten Anton Fischer war es dann gelungen, die Unterführer zu einer Neutralitätserklärung zu überreden. Sie hatten dem Revolutionsausschuß den Stuhl vor die Tür gesetzt. Ich habe, als ich einige Unterführer zu fassen kriegte, mich ernstlich bemüht, sie wieder umzustimmen. Vergeblich! Bittere Vorwürfe habe ich mir dann selbst gemacht, daß ich mich hatte verleiten lassen, aus dem Marstall fortzugehen. Ich glaubte aber, als alter Mann von damals doch schon 68 Jahren ohne alle militärische Schulung und Erfahrung, die militärische Seite unserer Aufgaben meinen jüngeren Kameraden getrost überlassen zu können. Ich bin überzeugt, bei meinem Einfluß auf die Matrosen infolge meines vorhergegangenen Eintretens für sie wären sie bei meiner Anwesenheit im Marstall nicht von uns abgefallen.

Im Polizeipräsidium erschien bei uns abends der frühere Volksbeauftragte Wilhelm Dittmann mit einigen anderen Unabhängigen. Sie boten uns ihre Vermittlung an zur Herbeiführung eines Ausgleichs mit der Regierung. Wir nahmen den Vorschlag an. Ich selbst wurde mitsamt einigen anderen Genossen mit der Führung der Ausgleichsverhandlungen betraut. Wir verhandelten in der Reichskanzlei. Vergeblich! Besonders Landsberg lehnte unsere Vorschläge rundweg ab. Spät nachts gingen wir auseinander.

Am andern Tage fand im Humboldt-Hain eine aus allen Parteien zusammengesetzte Volksversammlung statt, die energisch gleichfalls den Ausgleich verlangte. Eine Deputation trug uns dies Verlangen vor. Wir stimmten abermals mit großer Mehrheit zu. Ich wurde wiederum mit der Leitung der Verhandlungen betraut. Sie fanden diesmal in der Universität statt. Die Regierung schickte die Zentralratsvorsitzenden Hermann Müller und Cohen. Es wurde uns bald klar, daß diese beiden ebertinischen Diplomaten es nur auf Verschleppung abgesehen hatten. Zum 10. Januar abends hatten wir eine abermalige Zusammenkunft vereinbart. Wir warteten auf Müller und Cohen vergebens bis spät nachts.

Um 1 Uhr nachts drang dann ein Soldatentrupp unter Führung eines Leutnants Gürgen in meine Wohnung ein, um mich zu verhaften. Sie sollten auch Karl Liebknecht, der gleichfalls in Steglitz wohnte, in Haft nehmen, hatten ihn aber nicht gefunden, da er schon seit einigen Tagen nicht mehr zu Hause übernachtet hatte. Wohl aber wurde dann noch der mir benachbarte kommunistische Genosse Ernst Meyer verhaftet. Wir beide wurden auf Umwegen nach der Stadtkommandantur gebracht, wo wir oberhalb eines Pferdestalls einquartiert wurden. Nachher ist herausgekommen, daß den Soldaten Befehl gegeben war, uns zu ermorden und dann in die Spree zu werfen. Die Soldaten hatten sich aber geweigert, eine solche feige Mordtat zu begehen.

Einige Tage darauf wurde ich dann nach dem ehemaligen Zuchthaus in der Lehrter Straße transportiert, das halb zum Gefängnis für Revolutionäre, halb zur Kaserne für das Freiwilligen-Regiment Reinhardt benutzt

wurde. Dort blieb ich 5 Monate in „Untersuchungshaft“. Es sind dort fortwährend Gefangene von den Soldaten ermordet worden.

Am 11. Januar wurde das Vorwärtsgebäude gestürmt, wo leider ein Trupp bewaffneter Arbeiter sich festgesetzt hatte. Nach längerer Beschießung entsandte die Vorwärtsbesatzung 6 Parlamentäre hinaus. Der Kommandant der angreifenden Truppe (Regiment Potsdam, aus Freiwilligen verschiedener Garde-Regimenter bestehend), ein Marine-Oberleutnant Graf Westarp, schickte einen Parlamentär zurück mit der Aufforderung zur bedingungslosen Uebergabe. Die Besatzung ergab sich, 300 Mann stark. Die Parlamentäre wurden nach der benachbarten Dragoner-Kaserne abgeführt. Dort wurden sie im Kasernenhofe massakriert.

Mit dieser Ermordung der 6 Parlamentäre begann das terroristische Wüten der Noske-Truppen gegen wehrlose Gefangene. Bekanntlich müssen Parlamentäre nach allgemeinem anerkanntem Kriegsrecht unversehrt bleiben.

Zur Würdigung dieses Noske-Terrors erinnere ich daran: Von den siegreichen Revolutionären wurden seit den Matrosenaufständen Anfang November wohl in offenem Kampfe

Gegner getötet, niemals aber wehrlose Gefangene abgeschlachtet.

Am 15. Januar wurden dann Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die in Wilmerdorf aufgefunden und gefangen genommen waren, von einer im Edenhotel hausenden Offiziersclique bestialisch ermordet. Da die Offiziere sich für die Ausführung solcher Heldentaten nicht auf die Soldaten verlassen konnten, nahmen sie die feigen Mordtaten selbst in die Hand. Nur der Feldwebel Runge wurde der Mitbeteiligung gewürdigt. Später knüpfte sich daran dann die Farce der Scheinuntersuchung gegen die Mörder durch den Kriegsgerichtsrat Jorns.

Eine ganze Kette von Ermordungen von Revolutionären oder auch nur mißliebiger Politiker folgte dann. Zunächst kamen die Spartakus-Führer Jogisches und Dorrenbach an die Reihe, dann der Kapitänleutnant Paasche. In Süddeutschland fielen unsere Parteigenossen Eisner und Gareis der reaktionären Mordbestie zum Opfer. In diesem Zusammenhang erwähne ich nur noch die Ermordung von 32 Matrosenführern. Der Mordplan war besonders tückisch. Sie wurden unter dem Vorwande der Lohnungs-

auszahlung nach der Französischen Straße gelockt. Dort ließ der Oberleutnant Marlow sie nach Eintreffen entwaffnen. Er suchte sich unter 80 Erschienenen 32 besonders intelligent aussehende aus. Sie wurden auf dem Hofe mit Maschinengewehren erschossen.

Es ist deshalb notwendig, diese geschichtliche Erinnerung wachzuhalten, weil alle jene Mordtaten Erzeugnisse des Noske-Terrors sind. Die von Noske ins Leben gerufenen reaktionären Regimenter sind die Brutstätten der Mörderbanden, die hakenkreuzgeschmückt allmählich zu den Mörderformationen der Hitler-Partei ausgewachsen sind. Es ist eine naturgemäße Erscheinung, daß dieser im Noskenest ausgebrütete Kuckuck jetzt seine eigenen sozialdemokratischen Nestgenossen mit dem Tode bedroht. Nur die gemeinsame Abwehr des Gesamtproletariats wird diese Mörderformationen überwältigen können.

(Ein Schlußartikel folgt.)

Nebel um die Lübecker Bazillenküche

H. F. Lübeck, 30. November.

Sieben Wochen schon sucht man die Wahrheit über die Lübecker Bazillenküche zu entdecken. Oder versucht man das gar nicht? Am Dienstag der siebenten Verhandlungswoche des Calmette-Prozesses hob Dr. Frey sehr richtig die immer wiederkehrenden Vernebelungsversuche der Verteidiger hervor. Daß er Recht hatte, wurde gleich bewiesen, als die Verteidigung eine Reihe von Zeugen darüber vernehmen lassen wollte, daß Professor Deyke ein anständiger Mensch sei. Wer hat denn jemals behauptet, Professor Deyke sei ein unanständiger Mensch? Hier geht es um Wahrheit, nicht um Anständigkeit. Am Mittwoch wurde die Verschleppungsabsicht noch klarer, als Dr. Hoffmann, der Verteidiger Alttaedtts, einen „amerikanischen“ Beweis antrug — wie der Staatsanwalt ihn nannte — stellte. Zeugen aus 28 Ländern, sogar aus Belgisch-Kongo und Uruguay, sollten vernommen werden. Dr. Frey: In andern Ländern sind Hunderttausende ohne Schaden geimpft. Gerade darum wollen wir endlich das Geheimnis der Lübecker Bazillenküche erfahren. Die Angeklagten sollen offen erklären, wie das Unglück entstand. — Da kann Frey lange warten.

Prof. Ludwig Lange hat Anfang August 1930 bei einer Unterredung mit der Schwester Anna Schütze Notizen gemacht, nach denen sie gesagt hatte, auch die BCG-Kultur sei von flüssigem auf festen Nährboden abgeimpft worden. Am Freitag hat Anna Schütze das bestritten und gesagt, die Kultur sei gleich auf Eiernährböden übertragen worden. Krach zwischen ihr und ihrem Verteidiger auf der einen und dem Elternvertreter auf der anderen Seite.

Aber noch zum Donnerstag. Nachdem der Staatsanwalt den ungeheuerlichen Beweis antrag Hoffmanns abgelehnt hatte, trat Dr. Frey noch einmal vor:

Ob der BCG gut ist oder schlecht, ist gleichgültig; nicht über das Calmette-Mittel hat das Gericht zu entscheiden, sondern darüber, ob die Lübecker Todesfälle und Körperverletzungen auf den Lübecker Impfstoff zurückzuführen sind. Nur was in Lübeck geschah, ist zu untersuchen.

Der Zeuge Dr. Solnitz, Redakteur des „Lübecker Volkboten“, sagte über zwei Unterredungen aus, die er mit Professor Klotz gleich nach dem Unglück hatte. Klotz gab ihm Material gegen Deyke und Altstädt. Interessante Dinge aus den Tagen, in denen der Staatsanwalt noch gar nicht daran dachte, einzuschreiten.

Nun spricht Klotz von „Warnungen des Himmels“. Bis auf den heutigen Tag ist nichts erreicht, die Wahrheit über das Lübecker Kindersterben aufzudecken. Das Gericht läßt sich von beredsamen Advokaten und arroganten Sachverständigen einnebeln.

Die Tat eines Arbeitslosen

Delitzsch, 30. November.

Der arbeitslose Schuhmacher Wächter hat seine 38jährige Frau erwürgt und seine 16jährige Stieftochter zu erwürgen versucht. Der Täter wurde verhaftet, wobei er heftigen Widerstand leistete. Er leugnet die Tat und gibt an, seine Frau habe Selbstmord verübt. Aus den Bekundungen der Tochter geht aber hervor, daß er seine Frau getötet hat.

Pest in Persien? Auf Veranlassung der OGPU wurde am Sonntag um 14 Uhr ost-europäischer Zeit die persisch-russische Grenze für jeden Grenzverkehr geschlossen. Die Schließung der Grenze ist erfolgt, weil nach Behauptung der OGPU in Persien die Pest ausgebrochen ist.

Sowjet-Kulturpolitik Ausgezeichnete Fortschritte in der Jugend- und Erwachsenen-Bildung

Der Büchermarkt

Die Sowjetpresse veröffentlichte dieser Tage bemerkenswerte statistische Zahlen über die Produktion der großen russischen Verlage. Danach produzierte der Verlag Oguiz (die Vereinigten staatlichen Verlagsbetriebe), der im Jahre 1929 300 Millionen Exemplare herausgab, im Jahre 1930 575 Millionen Exemplare. Man rechnet damit, daß sich im laufenden Jahre diese Ziffer auf 800 Millionen erhöhen wird. Allein die Veröffentlichung der Werke Lenins soll auf eine Auflage von 5 Millionen Exemplaren gebracht werden, d. h. auf das Doppelte der Auflage des vergangenen Jahres. Der Verlag technischer Handbücher dürfte die Auflageziffer von 40 Millionen Exemplaren erreichen, gegen 11 Millionen, die im Jahre 1930 auf den Markt gebracht wurden. In den letzten beiden Jahren sind 150 Millionen Schulbücher veröffentlicht worden. Zur Zeit ist man damit beschäftigt, für die Verlagsindustrie eine neue Basis zu schaffen, um sie den Forderungen und den Bedürfnissen der Sowjetleser besser anzupassen. Alle Nationalitäten, die in den Sowjetrepubliken leben, werden mit besonderer Sorge berücksichtigt, zu welchem Zweck auch die Lehrbücher in allen Zweigen der Wissenschaft in den betreffenden Nationalsprachen gedruckt werden.

Die Lateinschrift

Unter dem Titel: „Eine große Revolution im Osten“ schreibt die Prager Wochenschrift „Nova Svoboda“: „Lenin nannte die Latinisierung der nationalen Schrift der östlichen Völker der Sowjetunion „eine große Revolution im Osten“. Ein beträchtlicher Teil der Völkerschaften, die Rußland bewohnten, besaß unter dem Zarismus keine Schrift. Die Revolution ermöglichte diesen Völkern Schrift und Schule. Das neue lateinische Alphabet, welches für diese Völker eingeführt wurde, erwies sich als ein großer Hebel der kulturellen Revolution im Sowjetosten, versetzte der engeistigen religiösen arabischen Kastenschrift, welche in den Händen der regierenden Klassen ein Instrument der Versklavung und Ausnützung der Arbeitenden war, den Todesstoß.“

Auf Grund des neuen lateinischen Alphabets steigt das Niveau der Bildung der sechzig Nationalitäten des Sowjetverbandes rapd. So besuchten z. B. im Jahre 1930/31 in der Uzbekrepublik 320 000, in der Turkmenenrepublik 61 645, in Adserbeidschan 245 875, in der Armenischen Republik 120 712 und in der Georgischen Republik 303 778 Kinder die Sowjetvolkschulen. Ueberall waren in diesen Schulen mehr Schüler eingeschrieben, als man voraussehen konnte.

Abrüstungszauber



Friedensphrasen — zur Ablenkung des Proletariats

Der internationale Abrüstungskongreß in Paris. Blick auf den Vorstandstisch während der Eröffnungssitzung. Von links nach rechts Bariello (Italien), stehend, Prinzessin Cantousene (Rumänien), die Vizepräsidentin des Internationalen Frauenverbandes, Freiherr von Rheinbaben, der volksparteiliche Abgeordnete, Mdllle. Weiss (Frankreich), Limburg (Holland) und der deutsche Zentrumsabgeordnete Prälat Schreiber.

Kündigungen . . .

Rund 400 Angestellten wurde dieser Tage die Kündigung zum 1. Januar zugestellt; bei einer nicht unbeträchtlichen Anzahl läuft die Kündigung der Schutzfristen wegen bereits seit einigen Monaten, bei anderen lautet die Kündigung per 1. April. Unter den Gekündigten befinden sich Angestellte mit zehn, zwanzig, ja sogar fast vierzig Jahren Dienstzeit. Nicht gekündigt wurden, soweit sich dies heute schon überschauen läßt, solch Angestellte, vor allem jüngere Jahrgänge, die in verwandtschaftlichen oder sonstigen Beziehungen zu Vorstand- und Aufsichtsratsmitgliedern stehen. Von den Angestellten des Warenhauses wurden über 15 Proz. gekündigt.

Wo? Bei Karstadt? Bei Tietz? Bei Wertheim? Nein! bei der Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgebung. Die miserable Leitung in Lichtenberg, die jetzt durch einen arklischen Kommer aus Kuhl aufgefrischt werden soll — nur zu spät —, hat einen Umsatzrückgang verschuldet, der sich insbesondere in Warenhaus katastrophal auswirkt. Aber auch in den Lebensmittelabgabestellen ist die schlechte Organisation schuld an den Millionen, die jetzt auf das Personal abgewälzt werden; in einer Verteilungsstelle kommt am Samstagsabend die Butter erst nachmittags, während der Hauptgeschäftszeit, in einer anderen das Fleisch erst um 1/211 oder gar 1/212 Uhr vormittags. Überall wird das ganze Personal bei Warenanlieferung aus dem Verkauf zur Warenabnahme herangezogen; die Mitglieder können währenddessen vergeblich auf Bedienung warten. So zahlt die Verwaltungspolizei die Einrichtungen der Arbeiterschaft und untergräbt den sozialistischen Aufbau.

Wir erwarten vom ZdA, daß er schleunigst hier eingreift und sich die Genossen vom Konsum einmal gründlich verköpft, die Millionen in unrentable Bauten hineinstecken, aber Millionen in eine ausgesprochen privatkapitalistische Grundstückspekulation, und dann das Risiko auf die Angestellten abwälzen. Vorläufig aber unterscheidet sich die Verwaltung der Konsumgenossenschaft Berlin in nichts von der eines kapitalistischen Unternehmens. Und Massenkündigungen dürften kaum ein wirksames Werbemittel für eine Reichswerbewoche der Konsumbewegung darstellen.

„Wirtschaftsführer“

Der 1 Million werte Generaldirektor der „Iduna-Germania“

Kürzlich ging durch verschiedene Blätter eine Notiz, laut welcher ein früherer Generaldirektor einer Versicherungsgesellschaft als Zeuge im Favag-Prozess auf Befragen des Vorsitzenden, ob Sondervergütungen an Vorstandsmitglieder im Versicherungsbereich üblich seien, eidllich erklärte, es wäre ihm u. a. ein Fall bekannt, in welchem der Leiter eines „führenden“ Konzerns mit 1 Million Dollar versichert worden wäre.

Der damit gemeinte Generaldirektor Klein der „Iduna-Germania“ zögerte erfreulicherweise keinen Augenblick, aus seiner Anonymität herauszutreten und zu erklären, wohl sei auf Anrohung seiner amerikanischen Freunde — nämlich der Großaktionäre der „Iduna-Germania“ — eine Versicherung auf sein Leben in besagter Höhe abgeschlossen, jedoch keineswegs zugunsten seiner selbst bzw. seiner Familie, sondern lediglich zugunsten der von ihm geleiteten Gesellschaften, da es in Amerika üblich sei, das Leben der Leiter großer Firmen usw. zu versichern, um im Falle des Todes des Generaldirektors wenigstens einen gewissen

Ausgleich für den Verlust einer so unersetzlichen Arbeitskraft zu schaffen.

Es interessiert nur noch zu erfahren, in welchem Verhältnis der gewiß nicht unbedeutende Prämienaufwand (wir schätzen ihn auf etwa 160 000—180 000 Mark p. a.) auf die einzelnen Gesellschaften verteilt wird, denn daß diese Kosten letzten Endes von den Versicherten und nicht etwa von den Aktionären aufgebracht werden, bedarf wohl keiner weiterschweifenden Auseinandersetzung.

Aufregung im Hause Severing

Unsere Nachricht über Severings Absicht, seinen langjährigen Staatssekretär Abegg abzuhalfen und statt seiner den findigen und beweglichen, aber nichts weniger als geschickten Ministerialdirektor Dr. Spieker zum ersten Gehilfen zu nehmen, hat im Innenministerium größte Erregung wachgerufen. Der vom Pensionsbeil bedrohte Staatssekretär Abegg hat durch unsere Veröffentlichung erstmals von den Plänen seines Ministers erfahren. Obwohl der Apparat des Amtlichen preußischen Pressedienstes bisher zur Dementierung unserer Nachricht nicht in Bewegung gesetzt wurde — das erforderliche Dementi wäre durch seine Formulierung sicherlich aufschlußreich geworden —, hört man jetzt, daß Severing seine Absicht wohl fürs erste zurückstellen werde. Nach allem, was man erfährt, scheint jetzt die Rücksicht auf Groener für das vorläufige Abstehen von den Plänen mit Spieker entscheidend zu werden. Als Überraschung hätte Groener die Ernennung des von ihm verjagten Spieker wohl oder übel hinnehmen müssen; da der Plan vorzeitig aufgedeckt wurde, dürfte der Innenminister zu erkennen gegeben

Betrugsmanöver unter Duldung des Reiches?

Weitere deutsche Schiffe unter ausländischer Flagge?

Hamburg, 28. November.

Unter der Ueberschrift „Weitere deutsche Schiffe unter ausländischer Flagge?“ melden die „Hamburger Nachrichten“: Nach Pressemeldungen soll die Reederei H. Vogemann in Hamburg beabsichtigen, auch ihren Dampfer „Vogesen“ unter die Flagge von Panama zu stellen, unter der bereits der andere Dampfer der Reederei „Vogtland“ fährt. Die Reederei Vogemann teilt hierzu mit, daß ein Flaggenwechsel des Schiffes vorläufig noch nicht beschlossen ist und das Schiff vorläufig seine nächste Reise noch unter deutscher Flagge fahren wird.

Es ist in diesem Zusammenhang nicht ohne Interesse, zu erwähnen, daß offenbar auch die deutsche Regierung die Frage des Flaggenwechsels unter den Gesichtspunkten anzusehen beginnt, die für die Reedereien ausschlaggebend sind. Der Dampfer „Nordafrika“, der

früher von der Reederei Schröder & Fischer geschartert wurde, sich formell aber noch im Besitz der Deutschen Werke in Kiel, einem dem Staat nahestehenden Unternehmen, befindet, fährt nämlich seit einiger Zeit unter ungarischer Flagge. Man scheint also in bezug dieses Schiffes die grundsätzlich sehr starken Bedenken gegen einen Flaggenwechsel vor der Ueberlegung zurückgestellt zu haben, daß es besser ist, die Mannschaft billigere Heuern verdienen zu lassen und entsprechend an sozialen Abgaben zu sparen als die Schiffe aufzulegen und die Seeleute der Erwerbslosigkeit preiszugeben.

Wenn sich die Nachricht bestätigt, so würde das bedeuten, daß zumindest unter stiller Duldung einer Reichsbehörde mit dem Arbeitsrecht Schindluder getrieben wird und die Reichsgesetze mit Schiebermethoden umgangen werden. Die Behörden werden sofort zu erklären haben, ob sie solche Gesetzmäßigkeiten geduldet oder ihre Pflichten nur vernachlässigt haben.

Die christlichen Gewerkschaften begreifen immer noch nicht

Berlin, 27. November.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hat sich heute in einer dringenden Eingabe an die Reichsregierung gewandt, in der ausgeführt wird, es sei ein Irrtum anzunehmen, daß durch die bloße Senkung der Löhne und Gehälter die Preise in entsprechendem Ausmaße von selbst fielen. Die Preise seien längst nicht dem vor mehr als Jahresfrist eingesetzten Absinken der Löhne in hinreichendem Maße gefolgt, hingegen seien in den letzten Tagen und Wochen in wichtigen Gewerben erneut erhebliche Lohnherabsetzungen vorgenommen worden. Besonders auf die Senkung der Lebensmittelpreise und der überhöhten Preisspannen sei stärkster Nachdruck zu legen. Desgleichen sei Preis-, Miet- und Zinssenkung im Interesse einer gesunden und produktiven Wirtschaft im beschleunigten Verfahren durchzuführen. Die Frage der Verwaltungs- und Reichsreform müsse jetzt ebenfalls in Angriff genommen werden.

Die Eingabe fährt fort: Zur Reichsregierung hat man das Vertrauen, daß sie an den Grundrechten der Arbeitnehmer nicht rütteln läßt. Aus sozialen und staatspolitischen Gründen werden sich die christlichen Gewerkschaften mit aller Schärfe für die Erhaltung des sozialen Schutzes nach wie vor einsetzen. Dabei wird von der Reichsregierung erwartet, daß sie bei den bevorstehenden Maßnahmen auf die bereits sehr bedrängte Lage der Arbeitnehmer Rücksicht nimmt. Diese Eingabe zeigt nur, daß der Druck der christlichen Arbeiter immer stärker wird. Auf die Dauer werden sich diese Arbeiter, die gewiß wie alle anderen hungern, nicht mehr durch leere Versprechungen hinhalten lassen.

Die Zoll-Lawine

Einfuhrverbote und Zollerhöhungen in Dänemark

Kopenhagen, 27. November.

Der Finanzminister hat am Freitag das Gesetz, das die Einfuhr zum Schutze der Dänekrone regeln soll, dem Parlament vorgelegt, das es bereits angenommen hat.

Das Gesetz umfaßt ein Einfuhrverbot für Kognak, Champagner und Liköre, ferner eine Einfuhrregelung und Zollerhöhungen für eine Reihe von Luxuswaren, die bekanntlich eine Kontingentierung der dänischen Lebensmittelfuhr, d. h. eine Drosselung derselben durchgeföhrt hat. Von dem Einfuhrverbot werden Waren, die vor dem 28. November bestellt sind, nicht betroffen. Das Einfuhrverbot ist vorläufig bis Ende des Jahres vorgesehen. Bei den Zollerhöhungen, die vorläufig bis Ende 1932 in Kraft bleiben, handelt es sich u. a. um Galanterie- und Bijouteriewaren, Seide, Kunstseide, Parfüme und Kosmetika. Neue Zollbestimmungen treten u. a. in Kraft für Autogummi, Schmucksachen, Perlen und Edelsteine,

Personenautos und Omnibusse. Der Zoll für Gemüse, Früchte und dergl. wird um etwa 100 v. H. erhöht.

Die Wirkung auf Frankreich

Paris, 27. November.

Im heutigen Ministerrat erstattete Handelsminister Rollin einen eingehenden Bericht über die durch die neuen englischen Zölle für den französischen Export geschaffene Lage. Daraus geht hervor, daß ziffernmäßig berechnet die französische Produktion in Höhe von 800 Millionen Franken und, sollten die neuen englischen Zölle auch auf landwirtschaftliche Erzeugnisse ausgedehnt werden, der französische Export insgesamt in Höhe von einer Milliarde getroffen werden würde. Bevor irgendwelche Gegenmaßnahmen ergriffen werden, will die französische Regierung versuchen, durch freundschaftliche Verhandlungen mit der englischen Regierung zu einer angemessenen Regelung zu kommen.

den Vollzug von Severings Vorhaben für einen feindseligen Akt halten müsse.

Die rechtsradikale „Berliner Börsen-Zeitung“ schreibt unter der Ueberschrift: „Spieker fällt die Treppe hinauf“:

„Die „Sozialistische Wochenzeitung“, Organ der Seydewitz-Partei, das über die internen Vorgänge in preußischen Staatsministerien stets sehr gut informiert ist, ist soeben in der Lage, mitzuteilen, daß der preußische Innenminister Severing den Ministerialdirektor z. D. Karl Spieker in das preußische Innenministerium übernehmen will. Und zwar soll geplant sein, Spieker an die Stelle des jetzigen Staatssekretärs Dr. Abegg zu setzen, der in diesem Fall aus dem Amte scheiden würde.“

Vielleicht also werden diesmal Spiekers ehrgeizige Träume noch einmal zerflattern, aber der bewegliche Mann wird als gelegentlicher Handlanger auch dann stets Verwendung finden. Wir sprachen schon aus, daß uns bei dem täppischen Vorgehen von

Preußisch-Innen in der hessischen Dokumentensache die Klau dieses Löwen sichtbar schien.

Bevölkerungszunahme in Stuttgart

Stuttgart, 28. November.

Seit dem 1. November gehört Stuttgart zu den Großstädten mit mehr als 400 000 Einwohnern. Die Einwohnerzahl betrug am 1. November d. J. 401 059. Die Bevölkerungsziffer ist durch Zuzug, Geburtenüberschuss und Eingemeindungen in den letzten fünf Jahren um über 50 000 gestiegen. Stuttgart ist eine der wenigen deutschen Großstädte, in denen die Bevölkerung zugenommen hat.

Strenge Kälte in Schlesien

Breslau, 30. November.

Infolge ungehinderter Ausstrahlung sanken die Temperaturen in Schlesien in der vergangenen Nacht fast allgemein unter minus zehn Grad. In Bad Flinsberg, Festenberg und Beuthen O.S. wurden minus zwölf Grad gemessen.

Berlins Metallarbeiter wieder im Kampf Metalltarifkündigungen für Berlin

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat das Lohnabkommen zum 13. Dezember gekündigt. Das Gehaltsabkommen für die Angestellten der Berliner Metallindustrie, das am 1. April 1931 in Kraft trat, wurde zum 31. Dezember gekündigt.

Mit dem Angriff auf die Berliner Metallarbeiterlöhne begann die Aera Brüning. Daß die Berliner Metallarbeiter damals den Kampf auswichen und sich einem „neutralen“ Schiedsgericht, weil ihm der Sozialdemokrat Stuzheimer angehörte, mit gebundenen Händen überließen, bewirkte den Niedergang der Lohnabbaulawine bis zum heutigen Tag. Nuncmehr sind die Berliner Metallarbeiter wieder dran. Hoffentlich haben sie aus der Erfahrung gelernt.

„Gesetzlicher“ Abbau der Sozialversicherung?

Berlin, 30. November.

Der Umbau und die Vereinfachung in der Verwaltung der verschiedenen Sozialversicherungszweige soll, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht durch Notverordnung erfolgen, sondern man beabsichtigt, ihn auf dem Wege der normalen Gesetzgebung durchzuführen. Alle daran interessierten Stellen, wie Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Gemeinden und Länder, sollen dazu gehört (gehört! D. Red.) werden, und man hofft, in eingehenden Aussprachen eine Verständigung zu erzielen und vor allem den Widerstand der Länder, die gewisse Beschränkungen ihrer Hoheitsrechte befürchten, zu besänftigen.

Vor der neuen Notverordnung

Berlin, 30. November.

Die Kabinettsberatungen über das Winter-Wirtschaftsprogramm, die heute nachmittag fortgesetzt werden, nachdem verschiedene Referentenentwürfe in den letzten Tagen feste Gestalt angenommen haben, dürften sich noch über die nächsten Tage erstrecken. In gut unterrichteten Kreisen wird damit gerechnet, daß die Notverordnung, die das Ergebnis dieser Beratungen zusammenfaßt, höchstwahrscheinlich bereits gegen Ende dieser Woche veröffentlicht wird.

Wirtschaftssterben

Stilllegung der gesamten Lodzer Industrie auf einen Monat.

Warschau, 30. November.

Der Verband der Lodzer Industrie hat im Hinblick auf die schwere Wirtschaftskrise beschlossen, sämtliche Fabriken für die Dauer eines Monats (vom 15. Dezember bis 15. Januar) stillzulegen. Die Belegschaften erhalten für diese Zeit Arbeitslosenunterstützung.

7000 Strumpfarbeiter in Lodz haben den Beschluß gefaßt, wegen Lohnstreitigkeiten am Montag in Streik zu treten.

Unnachgiebig

Erneute Kündigung des Lohntarifs für den Ruhrbergbau.

Essen, 30. November.

Der Zechenverband hat den Lohnarif für den Ruhrbergbau mit der vorgesehenen vierwöchigen Frist zum 31. Dezember 1931 wieder gekündigt. Der Lohnarif war am 26. November vom Schlichter unverändert verlängert und vom Reichsarbeitsminister am vergangenen Sonnabend bekanntlich für verbindlich erklärt worden.

Schiedsspruch für die Angestellten in Breslau

Ab 1. Dezember 1931 Gehaltsabbau.

Breslau, 30. November.

Nach wochenlangen Verhandlungen im Tarifstreit zwischen der Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände und den Angestelltenverbänden ist es am Sonnabend zu einem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses gekommen. Die Gehaltsätze vom 1. 3.—31. 10. 1931 werden bis Ende November verlängert. Ab 1. 12. 1931 tritt für die Gehälter der Lehrlinge, jugendlichen Angestellten und Vorgruppe ein Abschlag von 3 Proz., bei allen anderen Angestellten ein Abschlag von 6½ Prozent ein.



„Der Klassenkampf“ erscheint am 1. Dezember in seiner alten Form weiter!

Nicht im Loub-Yeria!, sondern in der Freien Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin-Tempelhof, Nonnenzollernkorso 67

Das neue Heft enthält Beiträge von Max Seydewitz / Unser Ziel und unsere Aufgabe; Ed. Weckerle / Unsere Stellung zur Gewerkschaftsbewegung; R. Scheider / Die KPD und die Gewerkschaften; August Siemier / Die sozialistische Arbeiterpartei und die Kulturorganisationen der Arbeiterklasse. Ferner Kulturschau, Bücherschau, Notizen und Glossen.

SPD im Dienste des Imperialismus

Cohen-Reuß, Mitglied der SPD und des Reichswirtschaftsrats, erklärte auf einem Kolonialabend in Köln, daß Europa durchaus in der Lage wäre, die jetzige verhängnisvolle Lage zu seinen Gunsten zu ändern, wenn es sich endlich in gemeinsamer Arbeit dazu entschließen würde, das größte Kolonialgebiet der Welt, Afrika, zum Kolonialland des alten Festlandes zu machen. Der Redner erklärte, daß nirgends in der Welt noch daran gezweifelt werde, daß Deutschland ebensogut zu kolonialer Tätigkeit befähigt sei wie die Länder, die die Kolonialpolitik weit vor ihm begonnen hätten. Es komme darauf an, dem deutschen Volk zu sagen, daß die Wiedereinschaltung in die Kolonialtätigkeit nicht möglich sei, wenn es nicht selbst den Willen zu ihr habe.

Werbt für die SAZ!

Lokalblatt der SAZ

Reichsausgabe

Hamburg

Vor dem SJV Großhamburg sprach Genosse Portune über unsere Stellung zu den Gewerkschaften. Er zeigte die Entwicklung der Gewerkschaften vom Zunftwesen über die Lokalverbände zur Berufsorganisation, die moderne Form der Gewerkschaften im heutigen kapitalistischen Staat, aus und forderte die Anpassung der Gewerkschaften an die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus zum Hochkapitalismus durch Schaffung von Industrieverbänden. Die Gewerkschaften müssen ihre Einstellung zum Staat ändern. Sie müssen erkennen, daß die Rolle des Staates, trotz der äußeren Form der Demokratie, keine objektive, unabhängige, zwischen den Klassen stehende ist, sondern daß er als Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hat und daß der Staat das Profitinteresse der herrschenden Klassen gegenüber den proletarischen Klasseninteressen zu verteidigen hat. In diesem Sinne muß unsere Arbeit in den Gewerkschaften sein, und man kann die RGO-Politik der KPD nur in soweit billigen, als sie den Versuch macht, die Kollegen zusammenzufassen, die wegen solcher politischen Haltung von der Gewerkschaftsbürokratie ausgeschlossen werden, uns aber nicht durch Sualtionsaktionen von der Masse der Arbeiterschaft selbst ausschalten. Wir müssen, wie Bebel es einmal formulierte, die Gewerkschaften als die Rekrutenschule der proletarischen Partei ansehen und versuchen, die in den Gewerkschaften Organisierten zu aktivieren für den politischen Kampf der Arbeiterklasse. Wir finden uns hier in vollster Übereinstimmung mit Lenin, wie eine revolutionäre Partei zu den Gewerkschaften zu stehen hat. — An der regen Aussprache beteiligte sich auch ein Mitglied der KPD. Genosse Portune nahm ebenfalls noch an der Aussprache teil, da die Versammlungsleitung in Übereinstimmung mit den Teilnehmern das undemokratische „Schlußwort“ abgeschafft hat.

Lübeck

Revolutionärer Geist und sterbender Apparat. Am Sonnabend sprach im Lübecker Arbeiterklub Moising — einer 100prozentigen SPD-Hochburg — der Hamburger Hafenarbeiter Genosse Stahmer. Mehr als 400 Zuhörer saßen und standen dicht gedrängt und hörten die Worte revolutionären Geistes, die ihnen der Referent aus dem Herzen sprach. Sachlich und doch begeistert schälte er den Kernpunkt seines Referats heraus. Die Arbeiter sind einig, aber der Parteigeist verhindert den gemeinsamen Kampf. Alles für das Proletariat, nichts für die kapitalistische Republik! Immer wieder lebhafter Beifall der Versammlung. Dann nahm kurz der Genosse Peters zu einigen Dingen Stellung. Vor anderthalb Jahren hat in diesem Saal Max Seydewitz als Führer der SPD-Opportunisten gesprochen. Ihr jubelt ihm zu, folgt ihm auch heute! Zu Beginn der Diskussion stellten wir ausdrücklich fest, daß es uns daran läge, eine sachliche Diskussion herbeizuführen. Zuerst nahm dann ein SPD-Arbeiter das Wort, der von dem Moisinger Parteipapst der SPD, Waterstrat, Auskunft verlangte über eine Lüge, die dieser in der letzten SPD-Versammlung vorgebracht hatte. Er wartet noch heute auf Antwort. Dann sprach in mehr als dreiviertelstündigen Ausführungen Genosse Berl von der KPD in äußerst sachlicher Weise über Perspektiven der russischen und der deutschen Revolution. Nach ihm erhielt Lehrer Waterstrat von der SPD das Wort. Bis jetzt war es sachliche Diskussion, nun aber begann gemeine Hetze, die Methode eines sterbenden Apparates. „Ich spreche nicht zur Jugend, sondern zum Verstand. Ich wünsche den Tag einer neuen Koalition. Die Dummheit der Arbeiterschaft ist an allem schuld.“ Als keine dieser Phrasen durchdrang, mußten persönliche Beschimpfungen herhalten. Wir ließen ihn reden. Als er aber immer weiter sprach, obgleich die Redezeit längst abgelaufen war, wurde klar, daß er nur die Versammlung sprengen wollte. Waterstrat zog dann mit dem Reichsbanner ab. Vorher hatte er erklärt, niemand außer einigen Unzuverlässigen und Kindern gehörte in Moising zur SAP. Nun aber ging nicht einm' die Hälfte der Versammlung mit ihm hinaus. Und auch von denen kehrten viele wieder um. Heinz Stahmer nahm im Schlußwort, das bis nach Mitternacht dauerte, Gelegenheit, dem SPD-Führer einige Wahrheiten zu sagen. Er stellte fest, der KPD-Redner hätte turmhoch über dem SPDisten gestanden. Dann erwähnte er zur Einigkeit im Kampf, zur Bereitschaft zur Revolution, und begeistert stimmte alles in das Hoch auf die Sozialistische Arbeiterpartei und in den Genosse der Internationale ein. Moising ist der führende Distrikt der Lübecker SAP. Er arbeitet daran, seine Mitgliederzahl von 40 so schnell wie möglich zu verdoppeln.

SAP-Betriebsräte sollen abgeägt werden. Einer unserer Parteifunktionäre, der Betriebsrat an der Lübeck-Büchener Eisenbahn ist, teilt uns mit, daß er kürzlich von einem maßgebenden Gewerkschaftsführer gefragt wurde, ob er Mitglied der SAP sei. Als er das bejahte, wurde ihm mitgeteilt, daß man mit allen Mitteln gegen ihn arbeiten und dafür sorgen würde, daß er im nächsten Jahre nicht wiedergewählt würde. Als unser Genosse das seinen Kollegen auf der Werkstatt, deren Vertrauensmann er ist, mitteilte, waren sie natürlich empört. Und er entschloß sich, obgleich er sonst nicht wieder Betriebsrat werden wollte, nun zu kämpfen. — Wir meinen bis jetzt, daß die Entscheidung über die Wahl von gewerkschaftlichen Betriebsräten nicht auf Grund des SPD-Buches geschehen dürfe, am wenigsten durch Instanzen, die die Verbindung

Das nennt man Demokratie!

In Stettin fand die Bezirkskammerung der ADGB-Gruppe Pommern-Mecklenburg statt.

In Köln wurde im Ortsausschuß auch der Vorsitzende unserer SAP-Gruppe, Genosse Säuberlich, zur Wahl gestellt. Als er mit Stimmenmehrheit an erster Stelle gewählt wurde, der Ortsausschußvorsitzende Kämmer von der SPD aber glatt durchfiel, machte der SPD-Sekretär Kühne „juristische Bedenken“ geltend. Eine daraufhin vorgenommene zweite Wahl hatte das gleiche Ergebnis, mit dem kleinen Unterschied, daß Kämmer noch weniger Stimmen erhielt.

Da man hier also nichts erreichen konnte, beschränkte sich Kühne auf die Feststellung, daß in Stettin noch alles geregelt würde. Und es wurde „geregelt“.

Säuberlich hatte vom Bezirksbüro sein Mandat erhalten und fuhr nach Stettin.

Der Bezirkssekretär Zabel vom ADGB eröffnete ihm bei seinem Erscheinen sofort, daß man sein Mandat leider nicht mehr anerkennen könne. Der wahre Inhaber des Mandats sei Kämmer (der überhaupt nicht gewählt war). Um die Arbeiterschaft nicht mit unnötigen Auslagen zu belasten, möge er, Säuberlich, sofort wieder heimfahren. Kämmer war also vom Bezirksbüro diktatorisch

zum Delegierten ernannt worden, der gewählte Delegierte aber wurde nach Hause geschickt, „um der Arbeiterschaft unnötige Kosten zu ersparen“.

Zabel lehnte es sogar ab, dem Genossen Säuberlich das Wort zu einer Erklärung zu erteilen, denn er sei doch nicht Inhaber eines Mandats. Einige Delegierte berichteten, daß der „Fall Säuberlich“ nach einem Telefongespräch zwischen Kämmer und Zabel bereits am Freitag abend in einer interneren Sitzung geregelt wurde.

Das ist die Demokratie, wie sie von sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären geübt wird. Diese neue Heldentat der pommerschen Diktaturliques erinnert lebhaft an den wahrhaft klassischen sozialistischen Ausspruch des SPD-Redakteurs Wischmann aus Köln, der erklärte: „Ja, Genosse, in der Mitgliederversammlung werden Sie siegen, aber im Bezirksbüro Stettin siege ich!“ Das ist übrigens derselbe Wischmann, der nach unwiderstehlicher Pressemeldung die neun Abgeordneten, die gegen den Panzerkreuzer stimmten, mehrfach Verbrecher nannte.

Arbeiter, wie lange wollt ihr euch durch eure Schreiere noch besiegen lassen?

mit dem Arbeiter im Betrieb längst verloren haben. Wir lassen uns keine Vertrauensleute nicht absagen, wir werden bessere Gewerkschaften sein!

Kolberg

„Auch bei uns ist die rote Flut im Wachsen“, stöhnte ein treuer SPD-Funktionär. Und er hatte recht. Denn hier haben sich jetzt mehrere Genossen aus der Opposition der SPD zu einer Gruppe zusammengeschlossen, die der SAP beigetreten ist. Die offizielle Gründungsversammlung, in der Genosse Kuschel sprechen wird, findet in den nächsten Tagen statt.

Schivelbein

SAP hat Fuß gefaßt. Ein kleiner Stamm treuer Sozialisten fand sich vor einigen Tagen zusammen und gründete auch hier in dem Privatreiservoir des Herrn Holz (SPD) eine Ortsgruppe der SAP. Wir werden bald mehr von uns hören lassen.

Köslin

Dr. Zubke und Dargatz. Wir haben nichts dagegen, wenn jemand in der Nacht vor dem Bußtag ein Zechgelage veranstaltet. Aber dies ist doch seltsam: Als in einem Kösliner Lokal nachts um 12 Uhr Feierabend geboten wurde (als der Bußtag begann), da blieb der SPD-Stadtrat Dargatz mit dem deutschen nationalen Stadtverordnetenvorsteher Dr. Zubke bei Musik und Alkohol noch bis 4 Uhr morgens sitzen.

Stralsund

Arbeiter fliegen auf die Straße. Auch die staatlichen Behörden gehen dazu über, immer noch mehr Arbeiter brotlos zu machen. Es sollte jedoch in dieser Zeit ihre vornehmste Aufgabe sein, alle Arbeiter in Lohn und Brot zu halten, um den privaten Unternehmern mit gutem Beispiel voranzugehen. Aber das Gegenteil ist leider der Fall, und auch hieran zeigt sich jeder einmal der „Einfluß“ der Sozialdemokratischen Partei auf die preußischen Verwaltungsorgane. Die hiesige Staatswerft wirft auch wieder eine Anzahl Arbeiter hinaus, angeblich weil keine Mittel mehr zur Verfügung stehen. Es ist nicht anzunehmen, daß dies der wahre Grund ist, denn es fanden vor kurzem Verhandlungen statt, um auch auf der hiesigen Werft die Vierzigstundenwoche einzuführen. Davon hört man nichts, aber dafür wird eine Anzahl Familienväter brotlos gemacht. Wenn die Belegschaft zusammenschrumpt ist, wird es wohl notwendig sein, daß die restliche Belegschaft wieder 48 Stunden in der Woche arbeiten muß, um die Arbeit bewältigen zu können. Es ist bis heute noch nichts bekanntgeworden, daß eine Neuregelung der Arbeitszeit erfolgt ist. Will der Gesamtverband diese Maßnahme so ohne weiteres hinnehmen oder will er gegen diese Entlassungen einschreiten? — Den zur Entlassung kommenden Arbeitern wurde folgendes Schreiben zugestellt:

Staatswerft Stralsund, 23. 11. 1931.

Kündigung.

Wegen Erschöpfung der Geldmittel wird Ihnen hiermit Ihr Arbeitsverhältnis auf der Staatswerft Stralsund zum 8. Dezember 1931 gekündigt.

gez. Zander, Werft-Inspektor.

So, Arbeiter, nun seht zu, wie ihr durch den Winter kommt. Wir sind euch los. Damit basta.

Arbeiter Stralsunds, fordert eine bessere Gewerkschaftspolitik! Es ist Zeit, daß ihr nicht alles so ohne Kampf hinnehmt. Fordert den Abwehrkampf, denn wenn es so weiter geht, liegt ihr bald alle auf der Straße!

Binz

Der Ausdruck „Prolet“ ist für Sozialdemokraten eine Beleidigung. Der Kreisvorsitzende

des SPD-Kreises Rügen, Heimbesitzer Lubitz, hatte gegen den Redakteur des pommerschen Naziblattes eine Beleidigungsklage angestrengt. Etwas, was dieser Prozeß zu Tage förderte, ist wert, bekanntgemacht zu werden. Der Sozialdemokrat Lubitz betrachtet den Ausdruck „Prolet“ für sich als eine Beleidigung. Also in Zukunft muß es im Kreise Rügen wohl heißen: Proletarier Rügens vereinigt euch, aber ohne Lubitz, denn er will kein Prolet sein! — Arbeiter Rügens, der Kreisvorsitzende der SPD will euer Führer sein, aber kein Prolet. Es ist an der Zeit, daß man derartige „proletarische Führer“ von ihren Funktionen entbindet, denn sie schädigen nur das Proletariat. Wir werden dazu beitragen, daß der „Prolet“ Lubitz sich nicht mehr beleidigt zu fühlen braucht. Die Zeit wird auch über ihn hinweggehen, und er wird einmal „rühmlichst“ der Vergangenheit angehört haben.

Franzberg

Arbeiterschicksal. Der 18jährige landwirtschaftliche Arbeiter Michalski aus dem benachbarten Spiekersdorf war mit Rübenfahren beschäftigt. Im Wald zwischen Spiekersdorf und Ravenhorst-Bahnhof begegnete ihm Fuhrleute. Um diese besser an sich vorbei zu lassen, ging er dicht an den von ihm geführten Wagen heran. Hierbei kam er unter die Räder. Der schwer beladene Wagen ging über ihn hinweg und veranlaßte seinen sofortigen Tod.

Königsberg

Jeder sechste Ostpreuße arbeitslos. Das Landesarbeitsamt Ostpreußen gibt für die erste Novemberhälfte einen Arbeitsmarktbericht heraus und stellt fest, daß Mitte November in Ostpreußen nur noch 452 000 Arbeitnehmer in Beschäftigung standen. Fast 90 000 oder 16,6 vH aller Arbeitnehmer waren arbeitslos. Die Zahl der Arbeitssuchenden stieg in der Berichtszeit um 12 400. Nächst Königsberg mit 2400 Zugängen stieg die Arbeitslosigkeit wiederum am stärksten in den Arbeitsamtsbezirken Allenstein (+ 1500) und Bischofsburg (+ 1300). Fast drei Viertel der Zugänge (8840) kamen aus den Außenberufen, und zwar rund 3000 aus der Landwirtschaft, 840 aus der Industrie der Steine und Erde, 3100 aus dem Baugewerbe und 1900 aus der Berufsgruppe „Lohnarbeit wechselnder Art“. Aber auch aus den übrigen Berufen wurden fast 3000 Personen entlassen, darunter 670 aus dem Metallgewerbe und 550 aus dem Verkehrsgewerbe. Von Notstandsarbeiten kehrten 640 Personen ab, wodurch die Zahl der Notstandsarbeiter auf rund 1000 zurückging. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung erhöhte sich um 4500 auf 24 900, in der Krisenunterstützung um 2400 auf 20 000. Insgesamt nahmen 44 900 oder 13,6 vH der Versicherten die Unterstützungseinrichtungen der Reichsanstalt in Anspruch (Vorjahr 34 000 oder 9,3 vH). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß eine große Anzahl von Unterstützungsanträgen noch bearbeitet wird und viele Wartezeiten noch laufen.

Mitgliederversammlung der SAP. Die fällige zweite Mitgliederversammlung der hiesigen Ortsgruppe der SAP zeigte guten Besuch und äußerst rege Geistesbetätigung. Genosse Meyer referierte über das Thema: „Warum SAP?“ Der Redner verstand es, das Thema fast restlos zu erfassen, und wies darauf hin, daß das Volk nun endgültig aus seiner Lauheit und Gleichgültigkeit zu erwachen beginne und den großen und heiligen Ernst der Stunde, um Sein oder Nichtsein zu kämpfen, erkannt zu haben scheine. Wer in dieser Versammlung nicht nur Worte hörte, sondern auch den Sinn der Worte verstand, der empfand eindeutig und mit einem tiefen, unauslöschlichen Eindruck das Bekenntnis zum erwachenden Marxismus. Nach dem Referat des Genossen Meyer entspann sich eine überaus lebhaft Debatte, an der sich der größte Teil der Anwesenden beteiligte. Es muß festgestellt werden, daß die wesentlichsten Punkte über die Gründungsgeschichte der

SAP geklärt und die Existenzberechtigung der neuen Partei nachgewiesen werden konnten. Darauf referierte Genosse Dawill über den zu gründenden Schutzbund der Partei. Als Ergebnis der Rede wurde ein Ausschuß gebildet, dem sämtliche Vorbereitungen obliegen. — Zum Schluß dieses Berichts sei darauf hingewiesen, daß im Januar unser SAP-Führer Rosenfeld, M. d. R., hier in Königsberg in einer öffentlichen Versammlung sprechen wird. Es ist ferner daran gedacht, zu gleicher Zeit eine Bezirkskonferenz abzuhalten.

Mitgliederversammlung des Arbeiter-Radio-Bundes. Im Gewerkschaftshaus hielt in diesen Tagen der Arbeiter-Radio-Bund eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Nitsche gab als Vorsitzender den Tätigkeitsbericht über die geleistete Arbeit während der letzten fünf Monate. Eine überaus lebhaft Debatte schloß sich dem Bericht an. Besonders die geleistete Programmarbeit wurde anerkannt. Die neue Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl der Genossen Werner und Kurt Nitsche und Becker. Im neuen Vorstand erhielt der Genosse Becker, der solange mit den Schriftsachen des Bundes betraut gewesen war, die Funktion des zweiten technischen Beirats. Stellvertretender Genosse wurde Tillner. Die Kassengeschäfte ruhen in den Händen der Genossen Freihoff und Kalkowski. Schriftführer wurden die Genossen May und Mertens. Als Revisoren bestimmte man die Genossen Karsten, Kerwien und Küllig. Beisitzer des technischen Rates wurden die Genossen Mertens und Pomowski. Unter Verschiedenes wurde u. a. ein Antrag angenommen: „An jedem Donnerstag findet ein Haselabend statt, um Raum zu schaffen für die der Ortsgruppe beitretende Metallarbeiterjugend.“

Offenbach a. M.

Brüning-Kohlen, SPD-Mittagessen und AW-Brutalität. Dr. Brüning hatte verkündet, daß niemand in diesem Winter erfrieren und zu hungern brauche, und getreu dieser Verheißung erhalten die Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung verbilligte Kohlen. Jeder Haushalt zwei Zentner und jeder alleinstehende Ledige einen Zentner. Hoffentlich wird das mit dem „alleinstehenden Ledigen“ nicht wörtlich genommen, und die Alleinstehenden, die nach dem Personenstandsregister nicht als ledig bezeichnet werden, werden nicht dafür bestraft, daß sie verwitwet, geschieden oder getrennt lebend sind. Immerhin kostet der Zentner noch etwas, nämlich 1,40 Mark, und damit sich niemand irrt, steht es in Worten dahinter: Eine Reichsmark 40 Reichspfennig. Für den Monat Dezember sollen diese Kohlen sein, aber es heißt dazu: „Ob noch weitere Bezugscheine zur Ausgabe gelangen, hängt von der Zuteilung durch das Braunkohlensyndikat in Köln ab.“ Von dem Braunkohlensyndikat wird allerdings noch viel mehr abhängen. — Unser SPD-Blatt, das die Nachricht von den Kohlen zu 1,40 Mark bringt, erzählt zugleich auch von einem anderen Syndikat, das ein verbilligtes Arbeitslosentagessen zu 18 (achtzehn) Pfennig bietet. Und was es dafür gibt, „ist wirklich sehr anständig“. „Sechzig Zentner Kartoffeln werden jeden Tag angefahren, viele Zentner Fleisch und Gemüse“ für dieses Mittagessen für 18 Pfennig, bei dem alles „bis auf den Bruchteil eines Pfennigs genau kalkuliert ist“. Wenn wir mit unseren paar Exempeln richtig kalkulieren, daran liegt es nämlich, brauchen wir weder zu hungern noch zu frieren. Und wenn doch, was macht es, denn „mit dem Elend des Lumpenproletariats hat sich vielleicht der Mensch des 19. und erst recht des 20. Jahrhunderts abgefunden“. Aber bei dem Hunger, der unter der qualifizierten Arbeiterschaft umgeht, wird es „höchst Zeit, daß sich jeder einzelne aufrafft, um mit seiner letzten Kraft so solcher Not zu steuern“. So heißt es nämlich in demselben SPD-Blatt. Darum: Kauft Lose der Arbeiter-Wohlfahrt, denn von ihrer Winterhilfe „werden die wirtschaftlich und sozial wichtigsten Schichten der Bevölkerung... am stärksten erfaßt, während die anderen karitativen Bestrebungen „ihr Hauptfeld in anderen, für die Zukunft nationaler und internationaler Aufbauarbeit weniger ausschlaggebenden Volksteilen suchen.“ — Mit Gott, Brüning, der SPD und der Arbeiter-Wohlfahrt kann das Lumpenproletariat ruhig verkommen!

Versammlungskalender

SAP Königsberg i. P. Mitgliederversammlungen jeden Freitag bei Krukatz, Königsstraße 69, 20 Uhr. Auskünfte über die SAP erteilen: 1. mündlich Genosse Abel, Kranzer Allee 74 a, außer Sonntags zu jeder Zeit, und 2. schriftlich Genosse Dawill, Sachheim 84 III.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Wilhelm Sabat für literarische Johannes Hoffmann Verlag, Schiel-Zeltweg-Verlagsges. m. H. Druck: Georg Koenig, Schiel in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16

SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Tel. Kupferstr. E 2 2104

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Tel. Kupferstr. E 2 2105

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2,40 einschließlich Bestellzettel. Durch die Post bezogen RM 2,10 und RM - 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen, RM 2,10 und RM - 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,20 Porto.

Inseratenpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Vertriebsgebiete

Alle Zahlungen sind zu leisten an: Schiel-Zeltweg-Verlagsges. m. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Postcheckkonto: Berlin NW 7,

Feuilleton der SAZ

Die Arbeitslosen

Von Leonhard Frank

Sie trieben sich vor Bahnhöfen und Markthallen herum, bei den Autoparkplätzen und an allen Stellen, wo vielleicht etwas zu schleppen, zu verdienen war.

Wo drei Autos standen, gab es einen Wagenmeister. Auch Glasauge versuchte, sich als Wagenmeister niederzulassen. Aber nachdem er stundenlang gelauert hatte und die Herren schließlich abgefahren waren, ohne ihn beachtet zu haben, kam einer, der behauptete, hier an diesem Platz sei er und kein anderer der Wagenmeister.

„Jedenfalls siehst du auch hieran wieder, daß erst das Auto erfunden werden mußte, bevor du Wagenmeister werden konntest.“

Diesmal sagte Glasauge, da der Schreiber es ja nicht mehr konnte, das weltbekannte Wort.

Sie gingen wieder zur großen Markthalle und sahen stundenlang zu, wie die Besitzer kleiner Obst- und Gemüsegeschäfte ihre hochbeladenen Handwagen, und die Hausfrauen ihre schweren Kartoffelnetze selber abschleppten. Sie hatten seit achtzehn Stunden nicht gegessen und die letzten Nächte in einem Kastenwagen geschlafen, frierend wie bei starkem Frost, obwohl es weniger kalt als feucht gewesen war.

Der Schreiber las in einer Broschüre, die ihm ein Mann vor dem Schlesischen Bahnhof in die Hand gedrückt hatte, eines Tages werde Rußland der zusammengebrochenen kapitalistischen Welt um dreißig Jahre voraus sein. Das kann stimmen. Und er hängt unterdessen, mit einem Eisendraht um den Hals, an der Oberleitung der Elektrischen in der Luft. Dieses Bild verfolgte ihn, er sah, er fühlte sich hängen unter dem Starkstrom der Not.

Durchgefroren, knieweich vor Hunger und Schwäche, ging er vor der Markthalle hin und her und wartete auf die Gelegenheitsarbeit. Rußland. Zusammengebrochene Welt. Dreißig Jahre. „Schenken Sie mir etwas, ich habe seit gestern mittag nichts gegessen.“

Das sagten viele in den Berliner Straßen. Der Angesprochene machte ein steinernes Gesicht und ging weiter.

Um den beschämten Schreiber zu trösten, rief Glasauge, der den erfolglosen Versuch beobachtet hatte, mit tiefer Zärtlichkeit, die gar nicht zu seinen Worten paßte: „Sollen wir uns vielleicht umbringen!“

Der Schreiber wehrte Glasauges Zärtlichkeit ab: „Was hast du denn?“ Und las weiter in der harten Broschüre, in der auf das Schicksal des einzelnen keine Rücksicht genommen wurde.

„Ach, ich meinte nur, weil sich doch so viele umbringen.“

Das las Glasauge täglich in der Zeitung. Viele Arbeitslose starben weg, viele brachten sich um. Aber für jeden einzelnen, der das graue Riesenheer verminderte, kamen hundert neue hinzu.

Zwischendurch gingen sie auch einmal hinein in die Markthalle und langsam vorüber an den Fleisch- und Obstständen. „Alles wäre leichter, wenn der Mensch keinen Magen hätte“, flüsterte Glasauge, der diese Weisheit dem Schreiber nicht zu sagen wagte, und faßte den Entschluß, etwas Ebbares mitgehen zu lassen im Vorüberstreifen. Aber sie sahen

nicht vertrauenswürdig aus, die Händler paßten scharf auf.

Als die Turmuhren zwölf schlugen und diejenigen, die noch Arbeit hatten, zu den Suppentellern eilten, verließen sie ihren Wachtposten vor der Markthalle, um das Glück, sie wußten nicht wo, zu suchen.

„Es gibt doch genug, denen es ebenso geht wie uns. Was machen denn die eigentlich? Von was leben denn die?“

Das war wieder eine dieser Fragen, bei denen der Schreiber Magenschmerzen bekam. Verzweifelt blickte er gen Himmel.

„Sei doch nicht gleich so wild! Die leben doch auch. Also, wie machen sie es? ... Vielleicht brechen sie ein?“

„No, brech ein!“

„Würdest du einbrechen, wenn du wüßtest, wo und wie?“

„Ne, gerieren würde ich mich!“

Krumm und dünn vor Hunger und Kälte drückten sie sich über den Schloßplatz und die Linden hinunter, durch das Brandenburger Tor und bogen, da es im kalten Tiergarten sicher nichts zu fressen gab, nach rechts ab zum Parlament, wo die Volksvertreter tagten.

„Das könnte dir so passen“, sagte der Schreiber, der Glasauge gerade noch zurückgerissen hatte vor einer heran- und vorbeisausenden Elektrischen.

„Daß du immer noch Witze machst!“

Glasauges Körper war vor Schreck vereist, der Kopf zu einer glühenden Kugel geworden.

„Wenn ich nicht bald etwas zu fressen bekomme, mache ich bestimmt keine mehr, das verspreche ich dir ... Jetzt würdest du ins Krankenhaus gebracht werden in ein warmes Bett und bekämst ... nun, was meinst du, daß du jetzt zu essen bekämst? Einen Griesbrei? Oder ein Butterbrot?“

„Ja, aber ...“

„Das ist richtig — ein Bein hättest du vielleicht weniger.“

Da sahen sie von weitem, wie ein Mann, der auf der Mauer an der Spree stand, sich umdrehte, mit dem Gesicht zu ihnen, die Augen aufriß und sich rücklings hinunterfallen ließ.

Als sie rennend ankamen, war nichts mehr zu sehen als das träge, schwarze Wasser.

„Das machen sie. Das! Jetzt weißt du.“

„Das Schrecklichste war, wie er beim Hinunterfallen die Arme hochgehoben hat, grad als wollte er noch um Hilfe bitten.“ Glasauge fühlte belebende Wärme in den Schultern, als er die Stelle des Todes verließ.

Auch der Schreiber dachte: Der ist hin; ich lebe noch. Aber die Ratten in den Kanallöhren unter der Asphaltdecke Berlins sind besser dran als wir hier oben. Die haben ihr Obdach und ihr Fressen.

„Ja, aber ... ja, aber, ich wollte vorhin doch etwas ganz anderes sagen, ich wollte nämlich sagen, daß wir trachten sollten, ins Krankenhaus zu kommen, ohne überfahren worden zu sein ... Meinst du nicht, daß das geht? Ich falle einfach um, zum Beispiel Unter den Linden. Dann müssen sie mich doch ins Krankenhaus bringen. Irgend wohin müssen sie mich doch bringen.“

„Auf Polizeirevier! Dort sehen sie deine Papiere nach, und da die in Ordnung sind, fliegst du wieder raus.“

„Und wenn ich einfach nicht gehen kann?“

„Die lehren dir's ... Nein, mein Lieber, ein so guter Schauspieler bist du nicht. Da mußt du schon warten, bis es wirklich so weit ist, daß du wirklich von selber umfällst.“

„Nun, dann nicht!“ Er warf das Kinn hoch und ging übertrieben lebensmutig voraus.

Wahrhaftig, jetzt schämt er sich, der dumme Kerl, dachte der Schreiber.

Wie sind ja

sooo zufriedenen ...

Die Berliner „Junge Volksbühne“ führte am Sonnabend im Bachsaal ihre Revue „Wir sind ja sooo zufriedenen“, wieder auf. Der Eindruck war außerordentlich stark, sowohl nach der politischen wie nach der künstlerischen Richtung und Qualität. Im Gegensatz zu Piscators früheren Experimenten, die mit einem ungeheuerlichen Aufwand von Kosten und äußerer Aufmachung nicht entfernt denselben Erfolg hatten, ist der technische Apparat so vereinfacht, daß er ohne große Schwierigkeiten in jedem Versammlungssaal eines Arbeiterbezirkes aufgebaut werden kann. Im Aufbau wie in der Form der Darstellung ist in dieser Revue, die in der Textgestaltung und in der Szenenführung eine Kollektivleistung darstellt, wertvolle Pionierarbeit geleistet, die einen praktischen Beitrag zu dem Thema liefert: Was hat das Proletariat heute von den künstlerischen Kräften zu erwarten, die in seinen Reihen stehen. Höhepunkte waren: das Lied der Nationalsozialisten, die Ballade vom § 218, die Geschichte vom Rotkäppchen im Radio, die Gerichtsszene und das Lied des blinden Mädchens. Hoffentlich gelingt es der „Jungen Volksbühne“, ihre Revue in den Arbeiterbezirken aufzuführen, wobei der zweite Teil, der gegenüber dem ersten etwas abfällt, teilweise nach zu intellektuell an die Dinge herangeht, eine Umgestaltung vertragen könnte. Unseren Genossen ist die Unterstützung der künstlerischen Bestrebungen der „Jungen Volksbühne“ sehr zu empfehlen.

F. R.

Eine Rehfishch-Uraufführung

Gemeinsam mit Erfurt und Hamburg brachte das Stadttheater Mainz die Uraufführung von Hans J. Rehfishchs neuesten Bühnenstück, der Komödie „Sprung über Sieben“. Mit einer ungefähren Skizzierung seines Inhaltes ist eigentlich alles gesagt, was über das Stück zu sagen ist. Da ist einmal eine in romanhaften, ja kitschigen Ausmaßen gesehene internationale Schwindelwelt, unter Leitung des Ober-Monstre-Gauners Merrik, der einen komplizierten Kerl von Journalisten, „der endlich einmal auf der genießenden Seite der Menschheit ähnlich authentische Informationen einholen möchte wie bisher auf der arbeitenden Seite“ (Rehfishchs Original-Interpretation), zum Fürsten eines Amanullah-Ländchens Lenkhistan gemacht hat und groß damit verdient. Da ist auf der andern Seite der Artist Karl Schmidt, der an einer Depression leidet, nämlich, daß sein Beruf der überflüssigste der Welt sei, und der alles dafür gäbe, in einen andern, bürgerlich wich-

tigen zu kommen. Diese beiden Welten stoßen in Konstantinopel zusammen. Wir sehen einmal eine ganz große Gaunerei ihren Anlauf nehmen — eine Kriegsflotte wird verschachert und eine Volksbewegung in einem asiatischen Land inszeniert und finanziert — wir sehen zum andern den schwankenden Karl Schmidt in seiner Sehnsucht nach handfester Bürgerlichkeit in die kühnsten — so meint's wenigstens der Autor — Abenteuer versetzt werden. Dabei findet er eine „Aufgabe“ — eine geklaute Mappe wieder einzuholen —, daran entwickelt sich seine Willenskraft, und der von der Sinnlosigkeit seines Berufes Ueberzeugte überwindet dabei die Depression und findet sich gestählt zu einer ganz großen Variété-Leistung, dem Sprung über sieben Männer. Damit scheint Rehfishch weitgreifend die Lebensnotwendigkeit des scheinbar Unnotwendigen bewiesen haben zu wollen, also z. B. des plastischen Bühnenstückes in unserer Zeit. Aber der Beweis überzeugt nicht. Rehfishch mixt dazu noch allerhand Moralitäten aus verschiedenen Lebensgebieten, die aber Banalitäten und ebenso wenig überzeugend sind. Er macht weltgeschichtliche Witze, die andere schon besser gemacht haben. Unechte Sachlichkeit wird unecht belächelt, unechte kritische Gebärden werden gegen allerhand unechte Zeitfiguren gerichtet. Summa: ein schwaches, anspruchsvolles, sehr unsympathisches Stück. Die Mainzer Uraufführung unter Leitung des fähigen Regisseurs Josef Stauder blieb denn auch eine lustlose Angelegenheit.

W. H.

Kleines Feuilleton

Er ist sehr elegisch geworden ...

Ein Mitarbeiter des Pariser „Journal“ suchte dieser Tage den Exkönig von Spanien auf, der sich gerade in Fontainebleau aufhielt, um von ihm zu erfahren, was er über den Beschluß der Cortes denke, die Alfons XIII. außerhalb des Gesetzes gestellt hat. Alfons bemerkte: „Mein Herr, seit ich mein Land verlassen habe, bin ich ein einfacher Bürger und will es bleiben. Kein Ereignis — und treffe es noch so sehr mich selbst — wird mich veranlassen, aus der Reserve hervorzutreten, die ich mir selbst auferlegt habe.“

Mehr Heilige!

Alles in dieser unseligen Zeit wankt. Not in der ganzen Welt, trotz der Ueberproduktion, die menschlichen Fortschritt in sein Gegenteil kehrt und im Zeitalter der rasenden Maschinen in den Zustand dumpfen Hungers und zur Kulturlosigkeit verurteilt. Aus der Stadt des Vatikanus kommt die Nachricht, daß nun auch ein dringender Zweig der Produktion rationalisiert worden ist: die Heiligsprechung. Es wird berichtet, daß die Zahl die von der heiligen Ritenkongregation im letzten Jahrzehnt geführten Prozesse zur Selig- und Heiligsprechung außerordentlich angewachsen ist. Während es deren im Jahre 1921 nur 328 gab, beträgt deren Zahl nunmehr 551. Davon entfallen 271 auf Italien, darunter die im Gang befindlichen Prozesse zur Seligsprechung dreier Päpste, und zwar Benedikt XIII., Pius IX. und Pius X.

Während die Menschen in dieser unseligen Zeit an Leib und Seele hungern, werden wenigstens viele Toten selig gesprochen.

Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

(Copyright by Grestenverlag Rudolstadt)

13. Fortsetzung

„Zum Erziehen taugt der Staat überhaupt nicht,“ setzte Dr. Geyer den Gedanken fort. „Es liegt in der Natur der Sache, daß jede staatliche Erziehung entweder etwas Kasernenartiges oder etwas Zuchtartiges bekommt. Der Staat kann selbstverständlich nur Massenarbeit liefern, er muß eine Vielheit von Jugendlichen zusammenpacken und dann ergibt sich selbst beim besten Willen die Kaserne ganz von allein. Und dann die Personen, die die sogenannte Erziehung zu leiten haben! Zum Erziehen gehört ein gütiges Herz und viel, sehr viel Liebe. Wie soll sich denn das bei staatlich angestellten Erziehern finden? Was sich zum Beruf des Erziehers an staatlichen Fürsorgeanstalten drängt, das sind fast durch die Bank ausgesprochene Sadisten. Die meisten Leute wissen gar nicht, was für eine Rolle im Menschen die sadistische Veranlagung spielt. Am allerwenigsten weiß es der Staat und seine Behörden. „So etwas kommt vielleicht in Amerika vor oder in Rußland, aber bei uns nicht“, hat einmal zu mir ein Richter gesagt. Ein bißchen Sadismus steckt in jedem Menschen. Wer viel davon mit auf die Welt bekommen hat, der wird dadurch in seiner Berufswahl beeinflusst, der erwählt einen Beruf, der ihm Gelegenheit gibt, sich sadistisch austoben zu können. Das sind dann die Menschen, die sich um Stellen als Erzieher in den Besserungsanstalten bewerben. Das hat man ja schon tausendmal beobachtet

können. In der militaristischen Zeit war eine gewisse Sorte von Berufsunteroffizieren oder auch Offizieren der beste Beleg dafür. Bei den Erziehern ist es genau so. So wenig wie es eine Armee gibt ohne Soldatenmißhandlungen, genau so wenig gibt es Erziehungsanstalten ohne Zügelungsmißhandlung. Da hilft alle staatliche Aufsicht und Kontrolle nichts. Es ist übrigens gleichgültig, ob die Behandlung und die Erziehung in den Anstalten gut ist oder schlecht. Das Publikum hat die Fürsorgeerziehung abgelehnt. Das Publikum betrachtet jeden Jugendlichen, der in der Fürsorge war, als gebrandmarkt für das ganze Leben. Der junge Mensch ist ja widerstandsfähig, er kommt schließlich auch darüber hinweg, wenn er ein paar Jahre lang gequält und mißhandelt wird; aber wenn er wieder herauskommt, dann beginnt erst das schlimmste Martyrium. Dann ist er geächtet, dann betrachtet er sich selbst als minderwertig, dann ist er verbittert fürs ganze Leben. Geleitet hat er auch nichts; die besten Lernjahre, gerade die, welche andere zur Vorbildung für einen Beruf verwenden können, mußte er in der Anstalt zubringen, nun steht er da ohne Kenntnis, ohne Ausbildung, ohne Selbstvertrauen, verachtet und verspottet, mit einem Wort, untauglich gemacht im Kampf ums Leben. Niemand will etwas von ihm wissen. Daher kommt es, daß die Fürsorgeerziehung die beste und zuverlässigste Lieferantin für die Prostitution und den Mädchenhandel geworden ist. Ganz ehrlich

gesprochen, Herr Kollega, würden Sie z. B. ein Mädchen in Ihrer Kanzlei anstellen, das aus der Fürsorge kommt?“

„Ausgeschlossen,“ sagte Helmshorst, „eine, die aus dem Zuchthaus kommt, vielleicht, eine, die aus der Fürsorge kommt, sicher nicht.“

Nach dem Mittagessen auf dem Aberg ließen sich die drei Liegestühle in den Wald stellen, sie schauten hinaus in das weite Land und versuchten dann das gewohnte Mittagschlafchen im Freien zu halten. Aber keiner von ihnen fand Ruhe. Betty Wolf, das Straßenmädchen aus Frankfurt a. M. hat ihnen den Schlaf geraubt.

20.

Karlsbad hatte Hedi gesund gemacht. Vergnügt war sie nach Hause zurückgekehrt.

Ihr Leben kam in regelmäßige Bahnen. Hedi führte ihren kleinen Haushalt. Sie erzog ihr Kind, das jetzt schon in die Schule kam, sie betreute ihre Schwester.

Ihr Kind, ihre Schwester ... der Dr. Geyer, das war ihre Welt.

Hedi war glücklich und zufrieden.

21.

Am 1. Oktober 1927 ließ der Kriminalschutzmann Lorenz Hammer die Frau Eusebia Bader zu sich rufen.

„Ich muß Ihnen eine schlimme Nachricht mitteilen,“ sagte er, „alle unsere Pläne und Absichten sind zerstört. Da haben die in Berlin ein Gesetz gemacht, ein gemeinsames Gesetz. Heute ist's uns im Amt bekanntgegeben worden. Es gibt keine Unzucht mehr, es gibt keine gewerbsmäßige Unzucht mehr. Seit heute, seit dem 1. Oktober 1927. Die dummen Kerle in Berlin haben das ganze bisherige

Gesetz aufgehoben. Uns Kriminalisten haben sie dadurch einen großen Teil unserer Macht genommen. Der ganze Dienst macht einem jetzt keine Freude mehr. Alles zusammenschlagen sollte man, wenn solche Gesetze gemacht werden. Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nennen sie das. Schöne Bekämpfung ist das. Ein Frauenzimmer kann nur noch bestraft werden, wenn sie sich öffentlich zur Unzucht anbietet, und zwar in einer Weise, durch welche der Anstand verletzt oder andere belästigt werden. Zu Hause darf sie machen was sie will. Und das nennen die Sittlichkeit. Was fangen wir jetzt mit der da drunten an? Aerztliche Untersuchung gibt's auch nicht mehr. Nur wenn wirklich Anhaltspunkte dafür da sind, daß eine geschlechtskrank ist. Anonyme Anzeigen dürfen nicht berücksichtigt werden. Das ganze Geschäft haben sie uns verdorben, die Esel in Berlin.“

„Nette Sachen sind das,“ jammerte Frau Bader, „wozu wohnt jetzt ein Kriminalbeamter im Hause, wenn so eine alles treiben darf.“

„Es ist schlimm,“ sagte Hammer, „wenn man eine anzeigt, weil sie gestohlen hat, so muß man angeben, wo und was und bei wem, da kann man also nichts damit machen. Bei der gewerbsmäßigen Unzucht aber hat's das nicht gebraucht. Da hat man einfach geschrieben, von einem nicht genannt sein wollenden Dritten wird mir vertraulich mitgeteilt, daß die Soundso Unzucht treibt, und etwas ist sicher geschehen, dazu mindestens ist sie untersucht worden und hat einen Akt bekommen, das hat schon genügt. Aber jetzt. Der Teufel soll die Kerle in Berlin holen. Jetzt kann man das nur noch machen bei Mädchen, die jugendlich sind, unter achtzehn Jahren, bei den anderen ist alles vorbei.“

(Fortsetzung folgt)

Die kapitalistische Sintflut

Der ganze Erdball
im Banne der Krise

Oesterreich wird ausverkauft

Zweidrittel der österreichischen Industrie werden wahrscheinlich in ausländische Hände übergehen — so meldet der Wiener Korrespondent des „Daily Herald“, dem Blatt der Arbeiterpartei. Oesterreich wird also „ausgeschlachtet“, Tag und Nacht arbeiten, wie derselbe Gewährsmann mitteilt, die beiden Direktoren der Bank von England, Otto Niemeyer und Robert Kindersley, mit österreichischen Banken zusammen. Herr Otto Niemeyer versteht sein Geschäft. Er ist es, der seinerzeit die Finanzen Australiens „sanitiert“ hat mit dem Erfolg, daß die Arbeiterregierung aus den goldenen Kanonen beschossen werden konnte und Australien dem internationalen Kapital ausgeliefert worden ist. Hier liegen die tieferen Gründe für den Sturz der gegenwärtigen Regierung.

Was Oesterreich angeht, so steht fest, daß die Credit-Anstalt, deren Zusammenbruch die Ursache der Transaktion ist, nicht in der Lage ist, die Rückzahlung der Schulden zu übernehmen und daß der Staat ebenso wenig die Garantiesumme aufbringen kann. Es wird also bei dem Ausverkauf der Oesterreichischen Industrie bleiben. Der Dank dafür gebührt dem „nationalen“ Kapital, jenen „Wirtschaftsführern“, die auch in Deutschland die erste Geige spielen, noch immer spielen!

Die Tag- und Nachtarbeit des Herrn Otto Niemeyer hat sich, wie jetzt gemeldet wird, gelohnt. Das Geschäft ist perfekt. Die Creditanstalt ist dem ausländisch-englischen Kapital ausgeliefert, es hat im großen und ganzen völlig freies Verfügungsrecht. Kein Wunder, daß die „Times“, das Organ der englischen Finanzleute, die österreichische Regierung dazu beglückwünscht, „daß sie diesem Plan zugestimmt habe, der zwar einen gewissen Grad ausländischer Kontrolle mit sich bringen, aber den österreichischen Kredit wesentlich stärken werde“.

Wer den Schaden hat...

Ungarns Pleite

Bethlens Werk und Erbschaft

Das Land der Horthy und Bethlen ist pleite. Die „Erwachenden“ haben es in Grund und Boden gewirtschaftet. Sie sind selbst den deutschen Bankrottmachern überlegen. Der offizielle Pester Lloyd muß, nachdem alle Schönfärbereien vergebens waren, eingestehen, daß die Schuldenlast die Zahlungsfähigkeit bei weitem überschreitet.

Wie es zu dieser Katastrophe gekommen ist wurde im Budapest Abgeordnetenhaus enthüllt durch den Bericht des obersten Rechnungshofes. Aus diesem Bericht ist ersichtlich, daß im letzten Halbjahre des Bethlen-Regimes

ohne parlamentarische Bewilligung Mehrausgaben in Höhe von 77,557,000 Pengö gemacht wurden (über 58 Millionen Mark). In dieser Summe figurieren an erster Stelle Mehrausgaben des Honvedministeriums von 15,331,000 Pengö, ferner das Kultusministerium mit 10,661,000 Pengö und das Innenministerium mit einem Betrag von 7,285,000 Pengö.

Was die Mehrausgaben des Honvedministeriums betrifft, werden die sachlichen Mehrausgaben von 7,760,000 Pengö mit dem Mehraufwand für Uniformen, Ausrüstung und militärische Einrichtungsgegenstände begründet.

Bei uns hat das Honvedministerium zwar

Der tägliche Vormarsch

Wasserkante rückt vor!

In der SPD-Hochburg Meisling (Lübeck) spricht der Hafendarbeiter, Genosse Stahmer vor 400 Hafendarbeitern. Auch von den anwesenden SPD-Genossen trat ein Redner gegen den Parteiapparat auf, Zeichen zunehmender Klarheit in allen Schichten der Parteigenossenschaft.

In Schivelbein gründen aktive Genossen eine SAP-Ortsgruppe.

Kolberg gründet ebenfalls eine Gruppe der SAP.

Mitteldeutschland und Rhein:

In Schkeuditz beschließt eine Elternversammlung, die Ortsgruppe der Kinderfreunde von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde loszulösen, um die zur SAP übergetretenen bewährten Helfer den Kindern zu erhalten.

Gelsenkirchen meldet den Uebertritt eines SPD-Stadtvorgestellten zur SAP.

Sachsen:

Die SAP Crimmitschau rief zu einer öffentlichen Versammlung mit der Genossen Fabian auf. Der SPD-Vorsitzende erklärte vorher, daß die SAP-Leute allein im Saale sitzen würden. — Der Saal war voll besetzt, der Abend ergab 24 Neuaufnahmen für die SAP!

einen anderen Namen, aber es kann es ebenso gut. Freilich geht bei uns alles ganz „legal“ zu, denn das Parlament wird ja bekanntlich befragt, ob es die Notverordnungen tolerieren will. Und es toleriert. Herr Bethlen muß so wenig gerade stehen für seine Verfassungsverletzung wie das in unseren Breiten üblich ist. Nur in einem scheint Ungarn schon weiter: Die Opposition wächst und wächst, und es scheint doch, daß die Zeit herankommt, wo von den Verantwortlichen Abrechnung verlangt wird. Dann werden die Geschäfte, die Herr Bethlen mit dem Staat gemacht hat, — er hat ihm seinen Gutbesitz noch „gut“ verkauft — hoffentlich eine nicht zu kleine Rolle spielen.

Großkampf in Lodz

Warschau, 30. Novbr.

Wie aus Lodz gemeldet wird, hat die dortige Textil-Großindustrie angesichts der schwierigen Absatzverhältnisse den Beschluß gefaßt, ihre Fabriken auf einen Monat und zwar vom 15. Dezember bis 15. Januar 1932 zu sperren.

Die in den Strumpfwirkereien beschäftigten Arbeiter haben gestern beschlossen, mit dem heutigen Tage in den Ausstand zu treten, weil sich die Arbeitgeber weigerten, ein Kollektivabkommen zu unterzeichnen; etwa 7000 Arbeiter werden vom heutigen Tag an feiern.

40-Stunden-Woche

In der Tschechoslowakei

Der tschechische Minister für Volkswohlfahrt hat einen Gesetzentwurf zur Einführung der 40-Stundenwoche ausgearbeitet, der jetzt im Kabinett beraten wird. Der Entwurf stimmt mit den Vorschlägen der sozialdemokratischen Partei überein, die noch im Juli einen Entwurf über die 40-Stundenwoche dem Parlament unterbreitete. Nach dem neuen Entwurf soll 40 Stunden in der Woche gearbeitet werden einschließlich der Ruhepausen. Die Arbeitszeit für ungesunde, schwere oder gefährliche Arbeiten soll täglich sechs Stunden, wöchentlich 36 Stunden betragen. Die Mindestdauer der wöchentlichen Ruhezeit wird auf 36 Stunden festgesetzt. Die Zuschläge für Ueberstunden belaufen sich nach dem Entwurf auf 50 bis 100 Prozent auf den Lohn. Im volkswirtschaftlichen Interesse können Ausnahmen in Betrieben mit ununterbrochener Produktion gewährt werden. Als Hauptbegründung für den Entwurf dient der Hinweis auf die überstürzte Rationalisierung, die zur Freisetzung von Arbeitskräften in großem Umfange führte.

Flandins „Jagdausflug“ nach London

Der französische Handelsminister Flandin ist nach London gereist. Ganz „privat“. Er hat Fasanen geschossen, was in Frankreich wahrscheinlich nicht so schön ist wie in England. Er hat aber auch gefrühstückt, denn der Mensch lebt nicht von Luft allein. Bei dem Frühstück hat er — welche Ueberaschung! — den englischen Außenminister Simons, den Handelsminister Runciman und den englischen Finanzminister getroffen. Natürlich hat man sich nur Jägerlatein erzählt.

Allerdings bezeichnet der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“ die Besprechungen, die Finanzminister Flandin in London geführt hat, als den

Beginn sehr wichtiger und langwieriger Verhandlungen

zwischen der französischen und der englischen Regierung. Diese Verhandlungen würden folgende drei Punkte betreffen:

1. die Frage der Zolltarife, besonders für englische Kohle, französische Früchte und Frühgemüse,
2. die Frage der Reparationen, Kriegsschulden und kurzfristigen Deutschland gewährten Kredite,
3. die eventuelle Stabilisierung des Pfundes.

Punkt drei hängt natürlich von einer Verständigung über die beiden ersten Punkte ab, hier ist das Druckmittel Frankreichs, das es, es sei zur Warnung an deutsche Katastrophopolitiker gesagt, nicht vergeblich anwenden wird.

Die internationale Ausbeuterfront

Textilarbeiterkampf in England?

Manchester, 27. November.

Der Generalaussschuß des Verbandes der Besitzer von Baumwollspinnereien beschloß, das Abkommen über die 48-Stundenwoche der Arbeiter zum 31. Dezember zu kündigen. Gleichzeitig forderte er alle an dem gekündigten Abkommen beteiligten Organisationen auf, über ein neues Abkommen zu beraten, das möglichst auf der Grundlage freundschaftlicher Verständigung zustande kommen und eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine entsprechende Aenderung der Lohnsätze vorsehen soll. Man befürchtet, daß dieser Beschluß zu einer Krise in der Baumwollindustrie von Lancashire führen wird.

„Freundschaftliche Verständigung“ — es ist die Freundschaft des Wolfs, der das Lamm fressen will. Sie sind sich überall gleich in der Welt, die Herren Unternehmer. Ihre Unfähigkeit soll die Arbeiterschaft bezahlen; man spricht dann von „Verständigung“, wenn man diktieren will. Es ist eine Form der „Wirtschaftsdemokratie“, wie sie das Kapital versteht und die neue „nationale“ Regierung Macdonald befürwortet.

Tränengas gegen Hunger

Washington, 29. November.

Die Polizei hat Pläne aufgedeckt, die sich mit einer einheitlichen Aktion von Hungermärschen aus den verschiedenen Hauptstädten der Nordstaaten nach der Bundeshauptstadt befassen. Hinter den geplanten Kundgebungen sollen Kommunisten stehen (natürlich! Red.) und man behauptet, daß rote Organisatoren Instruktionen ausgegeben haben, die die Teilnehmer an solchen Hungermärschen bis ins einzelne für einen Angriff vorbereiteten.

Als eine Abordnung von Teilnehmern an einem Hungermarsch die Stadt Hammond (Indiana) betrat, kam es zu Zusammenstößen, denen die Polizei unter Anwendung von Tränengasbomben ein Ende machte.

Die Krise in US-Amerika

Washington, 29. November

Der Jahresbericht des Handelsministers über das Ende Juni 1931 abgeschlossene Haushaltsjahr zeigt ein weiteres Sinken der Pro-

duktion, das besonders deutlich wird, wenn man den letzten Etatmonat 1931 mit Juni 1930 vergleicht.

Dem Bericht zufolge stiegen die Läger an einheimischen Rohstoffen um 17 Prozent, während Beschäftigung und Löhne weiterhin sanken.

Legt man für die Haushaltsjahre 1923 bis 1925 eine Indexziffer von 100 zugrunde, so betrug sie im Juni 1931 für die Beschäftigung in den Fabriken 76 (Juni 1930 = 90), für die Lohnzahlung 68 (91), für den Großhandelspreis 69,5 (86,2) und für die Lebenshaltung 84,4 (94,8). Der Wert der Ausfuhr fiel im Berichtsjahr um 34, der der Einfuhr um 37 Prozent, die tatsächliche Ausfuhr dagegen nur um 29 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Beschäftigung in den Industrien ging um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Die Aktienpreise an der New Yorker Fondsbörse sanken um 38 Prozent oder um 16,4 Milliarden Dollar; die Eisenbahnaktien fielen sogar im Durchschnitt um 41 Prozent. Die öffentliche Schuld, die bisher in jedem Jahre verringert werden konnte, stieg im Berichtsjahr um 461 Millionen Dollar.

Die Zahl der Einkommen über eine Million Dollar ist seit 1929 um 504 auf 149 gesunken. Das Nettovolkeinkommen zeigt im Vergleich zu 1929 für das Jahr 1930 eine Abnahme um 7674 Millionen Dollar.

Verdoppelung englischer Lebensmittelzölle

London, 27. November.

Im Unterhaus wurde am Freitag in Verbindung mit dem neuen Gesetz über Verzollung von landwirtschaftlichen Luxuswaren eine Entscheidung vorgelegt, wonach 26 Artikel mit einem Zoll bis zu 100 vH belegt werden sollen. Es handelt sich um frische Früchte, wie Kirschen, Stachelbeeren, Pflaumen, Erdbeeren, ferner frische Gemüse, wie Spargel, Bohnen, Pilze, Gurken, Rüben, Tomaten, neue Kartoffeln, sowie Blumen verschiedenster Art. Die Entscheidung sieht vor, daß die Zölle nicht nur dem angegebenen Wert nach, wie sonst üblich, sondern auch nach Gewicht oder Maß erhoben werden können.

Nach Pressemeldungen soll diese Liste Anfang des nächsten Jahres auf Gemüse- und Fruchtkonserven ausgedehnt werden.

Eine Tendenzmeldung

Rußlands Brotversorgung gefährdet?

TU Moskau (über Kowno), 20. Nov.

In einer Sitzung des Volkskommissariats für das Ernährungs- und Versorgungswesen wurde die Lage der Brotversorgung der Sowjetunion besprochen. Die Vertreter der Regierung teilten mit, daß bis jetzt nur etwa 73 v. H. des Planes ausgeführt worden sind, und daß sich die Staatswirtschaften und die Kollektivwirtschaften weigern, das Getreide abzuliefern. Das Kommissariat beschloß, die Regierung aufzufordern, weitere Maßnahmen zu treffen, um die Brotversorgung zu sichern.

Selbstverständlich ist diese Meldung mit aller Skepsis und Vorsicht aufzunehmen; ihre Herkunft — Hugenbergs Telegraphenunion — ist verdächtig genug, um an der Wahrheit zweifeln zu lassen. Tatsache ist nur, daß die diesjährige Ernte in Rußland unter normal geblieben ist — aber das hat zwar Einfluß auf den Getreideexport, die Gefährdung der Brotversorgung aber dürfte eher eine Schlußfolgerung sein, bei der der Wunsch Pate gestanden hat.

Eine spätere Meldung aus der gleichen Quelle behandelt die Verwendung von Ueberschüssen der Getreidewirtschaften, woraus also zu schließen ist, daß von einer Unterversorgung keine Rede ist. Es wird angeordnet:

1. Die Sowjetwirtschaften und ihre Vereinigungen dürfen nach der vorgeschriebenen Ablieferung ihrer Erzeugnisse an den Staat den Ueberschuß auf eigene Rechnung vertreiben.
2. Dieser Verkauf soll in erster Linie an Industriunternehmen und den städtischen Kleinhandel erfolgen.
3. Die Erzeugnisse der Sowjetwirtschaften müssen in diesen Läden zu denselben Preisen verkauft werden wie in den genossenschaftlichen Läden.
4. Der Verkauf der Erzeugnisse erfolgt in diesen Läden nur an den Teil der Bevölkerung, der zum Bezug von Waren berechtigt ist.
5. Der Verkauf von Lebensmitteln an Privatleute, die nicht der Arbeiterbevölkerung angehören, ist verboten.

Die Kommunistenhetze in Japan geht weiter. Nach einer amtlichen Meldung aus Tokio, wurde dort wegen kommunistischer Propaganda eine Anzahl japanischer Studenten verhaftet. Außerdem hat die Polizei eine kommunistische Organisation aufgedeckt, die sich die Aufgabe gestellt hatte, Kundgebungen gegen die japanische Politik in der Mandschurei zu veranstalten.

Wie unter Severing



Polizei gegen Hungernde — auch in England

Berittene Polizei geht in Cambdentown, der Arbeiter-Vorstadt von London, gegen die Demonstranten vor. Der Niedergang der englischen Währung hat zahlreiche Geschäfte in England zu beträchtlichen Preiserhöhungen veranlaßt. Da die Löhne jedoch gleich geblieben sind, herrscht unter der Arbeiterschaft eine große Erregung, die mehrfach in den Großstädten zu ernstesten Krawallen führte.

Arbeiter-Sport vom Sonntag

Ueberraschungen in den Spielen um Schlesiens Fußballkreismeisterschaft

Blauweiß-Breslau in Grünberg glatt geschlagen. — Freie Sportfreunde-Waldenburg siegen über Peterswaldau.

Breslaus Meister geschlagen! Das ist die größte Ueberraschung des Tages. Es hat den Anschein, als ob die Spielstärke der Breslauer Vereine im Ablauf begriffen wäre. Nachdem in den Vorjahren VfL-Breslau von Wacker-Zaborze und darauffolgend von den Freien Sportfreunden-Waldenburg aus dem Rennen geworfen worden war, hofften Breslaus Arbeiter-Fußballer, daß es in diesem Jahre Blauweiß gelingen würde, Breslaus Ruf zu rehabilitieren. Man schätzte auch gleichzeitig den Meister des 8. Bez. Persia-Grünberg auch nicht derart spielstark ein, um an eine Niederlage der Breslauer zu denken. Die Hoffnungen der Breslauer gingen wieder einmal daneben. Daß Blauweiß weit unter der Form spielte, bewies der Spielverlauf in Grünberg. Nicht nur, daß es im Sturm nicht klappen wollte, war das Aufbauspiel der Läuferreihe denkbar schlecht. Dadurch wurde die Hintermannschaft sehr stark überlastet. Die Niederlage war damit besiegelt. Grünberg war von Anfang an auf Erfolg eingestellt und legte ein überaus schnelles Tempo vor.

Spielberichte

Persia-Grünberg—Blauweiß-Breslau 4:0 (2:0)

Etwas über 1000 Zuschauer hatten sich zum Meisterschaftsspiel eingefunden. Dem flotten Tempo der Grünberger setzt Breslau zuerst eine starke Abwehrtaktik entgegen. Dadurch wird Grünberg stark überlegen und kann in der 10. Minute durch den Linksaußen zum ersten Erfolg kommen. Allmählich findet sich Breslau besser zusammen. In der 22. Minute kommt Grünberg zum zweiten Erfolg: jedoch abseits. Breslau verschießt 2 Minuten später einen Elfmeter. 40 Minuten der ersten Hälfte sind vorbei, als Grünberg plötzlich einen Zwischenspieler einlegt, schon führt Grünberg 2:0. Nach der Pause ist Breslau bedeutend besser. Aber nur kurze Zeit; dann beherrscht Grünberg wiederum das Feld, als ein Einzeldurchbruch des Grünberger Linksaußen den dritten Torerfolg bringt. Von dieser Minute an spielt Breslau vollständig zusammenhanglos. Was Grünberg geschickt ausnutzt und 3 Minuten vor Schluß durch ein viertes Tor den Sieg erhärtet. Breslaus Meister ist damit aus den weiteren Spielen um die Kreismeisterschaft ausgeschieden. Durch den Sieg wird Grünberg plötzlich beachtenswerter Favorit um Schlesiens Meisterschaft.

Freie Sportfreunde-Waldenburg—Freie Turner-Peterswaldau 3:0 (2:0)

Um es vorweg zu sagen, Peterswaldau zeigte nicht die Leistungen, durch welche sie Bezirksmeister geworden sind. In der ersten Hälfte des Spieles ist Waldenburg ständig besser und kann auch eine 2:0-Führung herausarbeiten. Der Peterswaldauer Sturm spielt sehr zerfahren. In der zweiten Hälfte ist Waldenburg bedeutend schwächer geworden, so daß für Peterswaldau zahlreiche Tormöglichkeiten geschaffen werden. Nichts will aber gelingen. Kurz vor Schluß erzielt Waldenburg das dritte Tor und hat sich durch diesen Sieg für die Zwischenrunde qualifiziert.

Fußball in der Provinz

Im Waldenburger Bergland wurden eine Reihe interessanter Freundschaftsspiele ausgetragen. Dabei überrascht die Niederlage, welche Dittersbach von Hochwald-Hermendorf mit 4:3 bezog. Pfeil-Fellhammer mußte die Ueberlegenheit Adler-Weißsteins mit 3:0 anerkennen. Glatt unterlag Peterwitz—Eiche-

Nieder-Salzbrunn mit 5:0. Der VfR-Freiburg konnte die Turner Saarau mit 4:1 abfertigen, während die Turner Weißstein—Dittersbach I b mit 5:2 siegreich blieben.

Im 5. Bez. Brieg hatte die Spielvereinigung Brieg den ASV-Sturm Breslau zu Gäste. Sturm mußte eine glatte Niederlage von 5:1 hinnehmen. Es spricht für die Spielstärke der Brieger Vereine, daß Sturm nicht bestehen konnte. Vorwärts-Brieg, die in der Meisterschaftstabelle des 5. Bez. fast am Ende stehen, schlugen in einem spannenden Spiel den Gruppenmeister VfL-Oels 4:3. Bereits zur Halbzeit führte Vorwärts 3:1.

Handball

Der Bezirksmeister schlägt Stabelwitz

6. Abt. — Stabelwitz 2:7 (4:3)
Zirka 200 Zuschauer waren zu dem spannenden Kampf erschienen. Der Bezirksmeister konnte einen gerade nicht sehr überzeugenden Sieg erringen. Nach der Pause wurde die 6. Abteilung besser und in kurzen Abständen konnten sie vier Tore vorlegen. Trotz dieser Ueberumpelung ließen sich die Stabelwitzer aber nicht entmutigen, was das Resultat beweist.

5. Abt. — Z. d. A. 11:2 (4:2)

ZdA, welche bis zur Pause mit dem Winde im Rücken spielten, machten der 5. Abteilung viel zu schaffen. Nach der Pause machte sich das scharfe Tempo der 5. Abteilung bemerkbar und ZdA mußte sich eine zweistellige Niederlage gefallen lassen.

2. Abt. — 1897 3:2 (1:1)

Die 2. Abteilung, welche am Anfang nur 9 Mann zur Stelle hatte, mußte sehr kämpfen, um die Angriffe der Athleten abzuwehren.

Südost — 1. Abt. 3:2 (1:2)

Südost hatte zum Anfang des Spieles nur 8 Mann zu Stelle und wurde stark in ihre Hälfte zurückgedrängt.

Weitere Resultate melden:

9. Abt. I—Mochern I 2:0. — 2. Abt. II gegen 1897 II 0:0. — 6. Abt. III—Tennis I 4:1. — 1897 III—4. Abt. II 10:1. — 5. Abt. II—4. Abt. I 3:3. — Stabelwitz II gegen 1925 II 2:1. — Stabelwitz Jug.—1925 Jug. 3:3. — 2. Abt. Jug.—5. Abt. Jug. 3:2. — 2. Abt. Sportlerinnen—FSB. Sportlerinnen 1:0. — 2. Abt. Schül.—12. Abt. Schül. 5:4.

Breslauer Sportnotizen

Kreisrat 14. Kreis Arb.-Tura- u. Sportb. Donnerstag, den 3. Dez., 20 Uhr, Kreisratsitzung im Kartellbüro. Aussprache über die sportpolitische Frage.
Arbeiter-Sportkartell Breslau e.V. Mittwoch, 6. Dez., 20 Uhr, Kartellversammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7. — Für unsere jugendlichen Erwerbslosen ist wie im Vorjahr das Jugendheim, Friedrich-Wilhelm-Straße 48, Montag, Mittwoch und Donnerstag in der Zeit von 14—17 Uhr geöffnet. — Achtung, betr. Triptyk! Unsere Gen. Karl Rudolph, Bierer und Langner werden aufgefordert, die Triptyks sofort im Kartellbüro abzugeben.
Sportkl. Herold-Saarau, Sonnabend, 12. Dez., 20 Uhr, Generalversammlung bei Marwald.
Fu.A. Union, Sonnabend, 5. Dez., 20 Uhr, Generalversammlung. Anträge bis 30. Nov. an den 1. Vors.
ASV. Rapid, Sonnabend, 12. Dez., 20 Uhr, Generalversammlung im Vereinslokal. Sportkleidung mitbringen. Unentschiedenes Fehlen wird bestraft.
SV. Einigkeit, Donnerstag, 3. Dez., Monatsversammlung bei Schelenz.
ASV. Heria, Freitag, 11. Dez., 19.30 Uhr, Generalversammlung.

Adler-Schwanz. In der Generalversammlung wurde als Vorsitzender Gen. Karl Kulla, Schwanzsch, gewählt. Anschriften nur an den 1. Vorsitzenden.

Vor 5000 Zuschauern siegte am Sonntag nach prächtigem Spiel
Niederhaßlau über Wilkau 2:1
und wurde damit wieder Bezirksmeister im Südwestsächsischen Bezirk. Ausführlicher Bericht folgt morgen.

Hansa 31 Bezirksmeister? im II. Bezirk

Hansa 31—Vorwärts-Wedding 2:0 (1:0)

Pünktlich stellten sich dem Schiedsrichter beide Mannschaften, Hansa komplett, Vorwärts mit zwei Ersatzleuten.

Vorwärts hat Anstoß. Zuerst ein Abtasten der Gegner, dann übernimmt Vorwärts das Kommando und drückt Hansa langsam zurück. Drei Eckbälle von links für Vorwärts bringen nichts Zählbares. Die Hansa-Mannschaft kann sich auf dem ungewohnten Platz nicht finden, und erst nach 22 Minuten statten sie dem Vorwärts-Tor ihren ersten Besuch ab. Mangelndes Schußvermögen, vielbeinige Verteidigungen und reichlich Glück verhindern vorerst jeden Erfolg, trotzdem beide Mannschaften mit allen Mitteln kämpfen. Bei einem Durchbruch von Hansa nimmt der Gegner, hart an der Strafraumlinie, die Hand zur Hilfe, doch den zugesprochenen Elfmeter kann Hansa nicht verwandeln. Kurz darauf stellt ein zweiter Elfmeter den Halbzeit-Vorsprung für Hansa sicher.

Auch nach dem Wechsel hat Vorwärts noch mehr vom Spiel. Hansa kommt an der diesmal besonders gut spielenden Vorwärts-Verteidigung nicht vorbei, sondern muß manchmal die halbe Mannschaft zur Verteidigung des knappen Vorsprungs aufbieten, kann aber immer noch den Gleichstand verhindern. Erst 18 Minuten vor Schluß gelingt es Hansa, den Torwart von Vorwärts zum zweiten Male zu überwinden. Durch unnötiges Nachschlagen des rechten Hansa-Verteidigers kommt Vorwärts zu einem Strafstoß, der aber nichts einbringt.

Adler 08—Trebbin 3:5 (2:1)

Adler wird die Meisterschaftshoffnungen ein Loch zurückschrauben müssen, wurde er doch trotz größter Ueberlegenheit vom Tabellenletzten geschlagen. Ueberraschend erzielen die Trebbiner das erste Tor, dann aber klappt alles bei Adler: mit 3:1 liegen sie vorn. Dann kommt das dicke Ende. Die Adler drücken, aber ihre Verteidigung erlaubt sich Schnitzer und der eifrige Gegner fackelt nicht lange. Jede Chance wird ausgenutzt. Der Ausgleich ist schnell erzielt, und als Adler alles auf eine Karte setzt und die Mannschaft umbaut, da schießen die Provinzler das Führungstor. Mitten in die große Schlußoffensive der Meisterschaftsanwärter fällt dann das fünfte, den Sieg sicherstellende Tor der Trebbiner.

Weitere Ergebnisse: Adler 08 II—Vorwärts II 2:6; Adler 08 III—Vorwärts III 6:0; Teltow II—FS. Fichte I 1:2 (0:0); Potsdam—Schöneberg 4:3; Hansa 31 II gegen Lichtenberg II 6:0; Hansa 31 III—Vsp. Neukölln II 2:8; Vorwärts-Wedding II—Adler 08 Bez. 6:2; Vorwärts-Wedding III—Adler 08 III 0:6; Schöneberg II—Friedenau III 5:0; Schöneberg III—Teltow III 8:3; Eintracht Jug.—Vorwärts-Wedding Jug. 4:2.

Handball

Im einzigsten Spiel der Kreisklasse bestätigte Nowawes ihre bessere Spielform durch einen 5:3-Sieg über Velten und brachte sich dadurch in etwas weitere Entfernung vor der Abstiegsgefahr. In den Bezirksspielen fertigte die Freie Turnerschaft Groß-Berlin Osten 2 den TV Stralau 5:1 ab. Stralau 2 gegen Fürstenwalde 2 3:1; Stralau-Jgd. gegen Wildau-Jgd. 2:0.

2. Bezirk. Friedrichsthal—Nordring 3:2; Moabit-Norden I 6:3; ASV Wedding—Rot-Weiß I 0:0; ASV Wedding II—Vsp. Wedding Turner 0:0; Reinickendorf II—Moabit II 3:0; Sportclub 30—Schwante II 13:0. Frauen: ASV Wedding—FTGB Nordring 6:0; Moabit—B. Schw. Union Fr. 0:1.

3. Bezirk. FTGB Spandau—Brandenburg 2 Bez. 2:1; FSV Fichte—VSp Wedding III 7:4; Kleingärtner—Siemensstadt 10:0; Stralau—Osten II 1:5; FTGB Osten I—Mahlsdorf I 11:2; Karlsdorf—Berlin XII 8:2; VfL Ostring—SV Möwe 2:0. Spielerwerbe-

tag des Athletik-Sportklubs in Neukölln: ASC I—Brandenburg Sportler I 2:3; ASC II gegen Brandenburg Sportler II 3:1; ASC Schüler—Wilmersdorf Schüler I 0:0; Osten III gegen Osten IV 8:2; Stralau II—Fürstenwalde II 3:1; Nowawes II—ZdA I 7:1.

Reinickendorf II—Moabit II 3:0. Jugend: Nowawes—Kaulsdorf 6:0; Stralau—Wildau 2:0; ASV Wedding—Nord-Ost 1:0; Jugendverein Wedding—FSV Pankow 2:1; Moabit Schüler—Rosenthal Schüler 4:0; Vsp. Wedding—FSV Fichte 6:4. Frauen: Stralau gegen Vsp. Wedding III 2:0; ASV Wedding gegen Nordring 6:0; Hennigsdorf—Osten 2:1; Stralau—Vsp. Wedding II 2:0; Nowawes—Kaulsdorf 2:0.

Hockey-Spielresultate

VfL Ostring II—Pankow I 3:1; VfL Ostring I—ASC I 2:0; ASV Rot-Weiß I—FTGB Tempelhof I 4:2; ASV Rot-Weiß II—FTGB Osten I 6:1; FHC Spandau I—MTV Bernau I 5:0; ASC II—Tennis-Rot IV 3:0; FHC Spandau II—Schöneberg 07 1:1.
Frauen: Tennis-Rot I—Ostring I 1:0; ASV Rot-Weiß—Tennis-Rot II 4:1.

Hallenschwimmfest in Duisburg

Große Ankundigungen weisen bereits seit einigen Wochen darauf hin, daß im Niederrheinbezirk des Arbeiter-Turn- und Sportbundes etwas Großes vor sich geht. In der Tat wird das diesjährige Hallenschwimmfest am Mittwoch, dem 2. Dezember, 19.30 Uhr, im Stadtbad an der Heerstraße das größte schwimmisportliche Ereignis dieser Saison werden. Die Brudervereine aus Gelsenkirchen, Essen, Krefeld und Ruhrort werden mit ihrer stärksten Gannitar vertreten sein. Besonders spannend werden die Wettkämpfe zwischen Gelsenkirchen und Duisburg sein, haben doch die Duisburger ein lehrreiches Interesse daran, sich für die letzte Niederlage im Städtewettkampf gegen Gelsenkirchen zu revanchieren. Aus dem äußerst abwechslungsreichen Programm seien hier nur einige Punkte erwähnt. Das Kunstspringen für Männer sieht neben den Klassen-springern aus Essen, Krefeld und Ruhrort die drei besten westdeutschen Springer Kalmert (Gelsenkirchen), Opladen und Bergkandl (Duisburg) am Start. Im Wasserballspiel der Männer stellen sich Gelsenkirchen und Duisburg gegenüber. Beide Mannschaften sind sich gleich stark, der Ausgang ist schon ungewiß. Die Jugendwasserballmannschaften Gelsenkirchen und Duisburg kämpfen um die westdeutsche Meisterschaft. Das Jugendfreischwimmen 100 Meter werden die drei Favoriten Stelling (Gelsenkirchen), Rosenstengel (Ruhrort) und Holschneider (Duisburg) unter sich aussuchen. Endlich unternimmt noch der deutsche Olympiasieger Mattern (Duisburg) am selben Abend einen Angriff auf den bestehenden Bundesrekord im 100 Meter-Brustschwimmen. Einzelwettkämpfe und Stafetten aller Art geben dem Programm einen würdigen Rahmen. Die Eintrittspreise sind für jeden erschwinglich (Sitzplatz 30 Pfg., Stehplatz 20 Pfg., Erwerblose 10 Pfg.). Einen Besuch dieses äußerst interessanten Schwimmfestes können wir nur allen bestens empfehlen.

Sachsen-Sport

Werbeabend des Arbeiter-Sportkartells Bautzen

Der Werbeabend stand im Zeichen der Feier des zehnjährigen Bestehens des Kartells und nahm einen würdigen Verlauf. Unter dem Motto „Was treiben wir?“ entrollte sich vor den zahlreichen Besuchern ein Bild von der Reichhaltigkeit und Mannigfaltigkeit der verschiedenen Sportarten, daß man seine Freude daran haben konnte. Die Vorführung selbst war geschickt aufgebaut und bot Spannung und Entspannung in vorteilhafter Abwechslung. In die Aufführungen teilten sich sämtliche dem Arbeiter-Sportkartell angeschlossenen Vereine. Allen Darbietungen wurde uneingeschränkter Beifall gezollt. Besonders erwähnt seien der Prolog des Gen. Haupe vom Verein f.v. Wassersport und die Ansprache des Gen. Seiler, der das Kartell seit 1927 leitet. Nicht zuletzt an den Arbeitereltern wird es liegen, ob sich der Arbeitersport in Bautzen weiter gut entwickeln wird oder nicht. Leider gibt es noch Eltern — auch viele, die in der Arbeiterbewegung führende Stellungen haben —, deren Erziehungseinfluß auf ihre Kinder noch nicht so weit gereicht hat, ihnen klar zu machen, daß ein klassenbewußter Proletarier, wenn er des Klassengegners Reihen nicht stärken will, nur in einem Arbeitersportverein sporteln kann!

Wegen Stoffandranges mußten eine Anzahl wichtiger Resultatmeldungen für die Mittwochausgabe der SAZ zurückgestellt werden.
Sportred. d. SAZ.

Volksbühne

Theat. a. Bblowpl.
D 1, Norden 2940
Fagl. 8 Uhr:
Rudolf Forster
in
Der grüne Kakado
und
Der Kammerjäger



Fettfeder n

aus erster Hand,
dah. billig. Dopp.
gerollt, vollkräft.
Pfa. graue 60 Pf.
geschliss. 75 u. 90
Pf. Rupp. weich
1.50, Halbdaunen
2.75, weißk. hoch-
fein 3.00, geschliss.
weiß 3.50, Schlöß-
halbfl. 5.00, Daunen
4.00, weiß 7.00,
10.00, Oberbetten,
1. schl. dicht, 1.11,
12.00, 14.00, 18.00,
Kissen 3.50, 4.20,
3.50 u. bess. Vers.
geg. Nachm. von
M. 20. portofrei.
Nichtpass. recur.
Must. u. Preisliste
gratis. Pölm. Bett-
fed. Spezial-F.
Bergel u. St. 149.
Berlin
Landbergerstr. 149

Am Freitag, dem 27. November, entriß uns der Tod nach langem, schwerem Leiden unsere liebe Genossin

Minna Hermankus
geb. Endemann

im 64. Lebensjahre.

Ihr Andenken werden wir in Ehren halten.

S. A. P.

Ortsgruppe Kreuzberg

Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 2. Dezember, nachmittags 6 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Beteiligung der Parteigenossen erbeten.

Bezieher der Zeitschrift „Der Klassenkampf“

die von ihren Buchhandlungen nicht beliefert werden, wenden sich direkt an die
Freie Verlagsgesellschaft, Berlin—Tempelhof,
Hohenzollernkorso 67

Arbeitersportler!

lest die

SAZ Stärkt unsern Pressefonds!

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung.“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name _____

Wohnort _____

Straße _____

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Sachsen

Schutzbund - Hemden

dunkelblau, mit rotem
Binder, waschecht,
Stück RM 3.—
bei sofortiger Kasse,
Abnahme von zwei
Dutzend an liefert

Hemden-Fabrik Rudzschübel 1. Sa.
Schließfach 10

Oberlausitz

Fahrräder Nähmaschinen

Bester Marken
Wasch- und Wringmaschinen
Badewannen
Gustav Donath, Elbau i. S.

Phönix-Nähmaschinen

auch andere Marken / Fahrräder,
Wasch- und Wringmaschinen in
reicher Auswahl zu niedrig. Preisen
Friedrich-Böttler, Rausnitz-Spremberg,
NB.: Grammophon und Zubehör
Ausverkauf